

# Gekommen, um zu bleiben

Zehn Jahre DIE LINKE im Hessischen Landtag



**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

## **Impressum**

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Alle Fotos mit freundlicher Genehmigung der Fotograf\_innen,  
herzlichen Dank insbesondere an Hanna Hoefl, Bernd Schmid,  
Jasmin Romfeld und Dietmar Treber.

Redaktion: Sebastian Scholl

V.i.S.d.P. Janine Wissler

[linksfraktion-hessen.de](http://linksfraktion-hessen.de)

# **Gekommen, um zu bleiben**

Zehn Jahre DIE LINKE im Hessischen Landtag

# Grußwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

‚Wir sind gekommen, um zu bleiben‘ - unter dieser Losung haben wir vor zehn Jahren unseren Einzug in den Landtag gefeiert. Und das haben wir in die Tat umgesetzt.

DIE LINKE hat in den letzten zehn Jahren in der hessischen Landespolitik Spuren hinterlassen, auf die wir stolz sein können.

Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben, die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter wäre nicht aufgearbeitet worden und es hätte wohl keinen NSU-Untersuchungsausschusses gegeben, der wichtige Erkenntnisse zutage gefördert hat.

Im Kampf gegen den ungezügelter Ausbau des Frankfurter Flughafens ist DIE LINKE mittlerweile die einzige Landtagsfraktion, die die Interessen der Bürgerinitiativen gegen den Flughafen ausbau im Parlament zur Sprache bringt.

DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat in den zurückliegenden Jahren viel Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Mieterbündnissen sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen gelegt - und wird dies auch weiterhin tun.

Selbstverständlich passen nicht zehn Jahre Arbeit und alle Themen in dieses Heft. Diese Broschüre soll aber einen kleinen Überblick über die letzten zehn Jahre und unser Wirken innerhalb und außerhalb des Parlaments geben.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, mit denen wir in den letzten Jahren zusammengearbeitet haben und die uns unterstützt haben.

Herzlichst

*Eure Linksfraktion im Hessischen Landtag*

Janine Wissler, Marjana Schott, Hermann Schaus,  
Ulrich Wilken, Gabi Faulhaber, Jan Schalauske

im Mai 2018



**Personen**

Seite 6

**Im Landtag**

Seite 20

**In Aktion**

Seite 61

**Das Letzte**

Seite 78





# Personen

# Janine Wissler

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2008  
Fraktionsvorsitzende seit 2009

## Zur Person:

- Jahrgang: 1981
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Diplom-Politologin

## Politische Vita:

- Stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN
- Mitglied bei ver.di
- ab 2001 bei attac aktiv
- von 2001 bis 2004 eine der SprecherInnen von attac Frankfurt

## Politische Ziele:

- Reichtum muss gerecht verteilt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mehrheit der Gesellschaft durch ihre Arbeit Werte schafft, die von einer Minderheit besessen, gehortet und verwaltet werden
- DIE LINKE kämpft gegen jede Form von Rassismus und Unterdrückung. Jeder Mensch muss gleiche Rechte und Chancen haben, unabhängig von seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seiner Religion
- Die Bundeswehrtruppen müssen aus dem Ausland abgezogen werden, deutsche Soldaten haben weder am Hindukusch noch sonst wo auf der Welt etwas verloren

## Sprecherin für:

- Energiepolitik,
- Forschungspolitik,
- Fremdenverkehr,
- Verkehrspolitik,
- Wirtschaftspolitik,
- Wissenschaft u. Kunst,
- Mittelstandspolitik



## Mitglied in den Ausschüssen:

- Wirtschaft und Verkehr (WVA)
- Wissenschaft und Kunst (WKA)
- stv. Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss (UNA 19/2)
- beendet: Untersuchungsausschuss zur Elite-Uni EBS (UNA 18/3)
- beendet: Untersuchungsausschuss zur fehlerhaften Stilllegung des AKW Biblis (UNA 19/1)

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 16 - Lahn-Dill I
- Wahlkreis 17 - Lahn-Dill II
- Wahlkreis 20 - Vogelsberg
- Wahlkreis 32 Main-Taunus I
- Wahlkreis 33 Main-Taunus II
- Wahlkreis 34 Frankfurt am Main I
- Wahlkreis 35 Frankfurt am Main II
- Wahlkreis 37 - Frankfurt am Main IV
- Wahlkreis 39 - Frankfurt am Main VI
- Wahlkreis 44 - Offenbach-Land I
- Wahlkreis 45 - Offenbach-Land II

## Kontakt:

j.wissler@ltg.hessen.de  
Telefon 0611 350 6073

janine-wissler.de



# Marjana Schott

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2008  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende seit 2016

## Zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Fuldaabrück
- Beruf: Insolvenzverwalterin

## Politische Vita:

- 2005-2007: stlv. Landesvorsitzende der Linkspartei. Hessen
- 2007-2008: stlv. Landesvorsitzende der LINKEN
- Seit den 1980 aktiv in der Anti-AKW-Bewegung
- Seit den 1980 aktiv in der Friedensbewegung
- Mitglied der GEW

## Politische Ziele:

- Kinder müssen so gestellt sein, dass sie gut versorgt die bestmögliche Bildung erhalten. Mit der Tatsache, dass es in diesem reichen Land hungernde Kinder gibt, haben wir eine Grenze überschritten, die zeigt, dass der Mensch von seinem ersten bis zu seinem letzten Tag nur noch ein Kostenfaktor ist. Ich will wirkliche Existenzsicherung und gleiche Chancen und Rechte für alle.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben muss endlich realisiert werden. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Frauen rund 25% weniger verdienen als Männer.
- Wir brauchen eine Grundsicherung unabhängig von Familienstand und Partnerschaften.
- Über unsere Arbeit nehmen wir auch sinnstiftend an den gesellschaftlichen Prozessen teil. Große Teile der Bevölkerung sind davon ausgeschlossen und ein anderer Teil wird von der Arbeit krank und/oder kann nicht mehr davon leben. Dieses Missverhältnis ist durch den Druck der Kapitalmärkte entstanden. Kapitalverwertungsinteressen dürfen die Politik nicht mehr bestimmen - in den Mittelpunkt gehört der Mensch.
- Unser Wirtschaften gefährdet unsere eignen Lebensgrundlagen auf vielfältige Weise. Grundlegend brauchen wir eine Energie-, Wirtschafts- und Industriepolitik die sich an den Dimensionen der Nachhaltigkeit und nicht an der Gewinnmaximierung von Konzernen orientiert. Hierzu Lösungsansätze zu erarbeiten, ist eine unserer größten Herausforderungen. Erste Schritte dazu sind eine Energiewende in Hessen bspw. durch die Kopplung



von landwirtschaftlichen und Naturschutz-Standards zum Schutz unserer Lebensgrundlagen.

- Die im ländlichen Raum erbrachten ökologischen Leistungen sind wertvolle Beiträge zu Natur- und Ressourcenschutz, die von der Gesellschaft entsprechend honoriert werden müssen. Hierin liegt eine Zukunftsaufgabe und Entwicklungschance für den ländlichen Raum.
- Für eine landwirtschaftliche Produktion ohne gentechnisch veränderte Organismen.

## Sprecherin für:

- Forsten und Naturschutz,
- Frauenpolitik,
- Gesundheitspolitik,
- Justizvollzug,
- Familien-, Kinder- und Jugendpolitik,
- Landwirtschaftspolitik,
- Sozialpolitik,
- Umweltpolitik,
- Behindertenpolitik

## Mitglied in den Ausschüssen:

- Ausschuss Umwelt und ländlicher Raum (ULA)
- Sozialausschuss (SPA)
- Ständiger Unterausschuss Justizvollzug (UJV)

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 1/2 - Kassel-Land I/II
- Wahlkreis 3/4 - Kassel-Stadt I/II
- Wahlkreis 5/6 - Waldeck-Frankenberg I/II
- Wahlkreis 7/8 - Schwalm-Eder I/II
- Wahlkreis 9 - Eschwege-Witzenhausen
- Wahlkreis 10 - Rotenburg
- Wahlkreis 11 - Hersfeld

## Kontakt:

m.schott@ltg.hessen.de  
Telefon 0611 350 6072

# Hermann Schaus

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2008  
Parlamentarischer Geschäftsführer seit 2009

## Zur Person:

- Jahrgang: 1955
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Neu-Anspach
- Beruf: Gewerkschaftssekretär

## Politische Vita

- ehemaliges aktives Mitglied der SPD (1972-1993)
- ehem. Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der WASG
- Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Hessen (Kommunelinks)
- Kreistagsabgeordneter im Hochtaunuskreis (2006-2010)
- Stadtverordneter in Neu-Anspach seit 2016

## Politische Ziele:

- Hessen ist eines der reichsten Bundesländer in Deutschland. Dennoch gibt es auch hier eine ständig wachsende Armut. Die Armutsprobleme müssen und können (!) verringert werden, wenn eine gerechte Umverteilung des Reichtums vorgenommen wird.
- gerechte Behandlung von ALG II-Empfängern, ohne Wohnungsschnüffelei, ohne 1-€-Jobs
- kostenloses Mittagessen für Kinder aus sozial schwachen Familien in der Schule und für Zulagen in besonderen Lebenslagen
- Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu angemessenen tariflichen Bedingungen
- kein Ausbau des Frankfurter Flughafens und Einführung eines Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr
- keine weiteren Privatisierungen unseres öffentlichen Eigentums, Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche
- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Verbesserung der schulischen Bildung, mehr LehrerInnen, kleinere Klassen, Schaffung gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse, keine unqualifizierten Vertretungen mehr
- Der Öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden.



- Alternative Energiequellen wie die Windkraft sind in Hessen intensiv zu fördern.

## Sprecher für:

- Gewerkschaftspolitik,
- Innenpolitik,
- Sportpolitik,
- Kommunalpolitik,
- Wohnungsbaupolitik,
- Antifaschismus

## Mitglied in den Ausschüssen:

- Innenausschuss (INA)
- Ältestenrat (ÄR) und Präsidium (beratend)
- NSU-Untersuchungsausschuss (UNA 19/2)
- beendet: Untersuchungsausschuss zur Polizeichef-Affäre (UNA 18/2)

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 23 - Hochtaunus I
- Wahlkreis 24 - Hochtaunus II
- Wahlkreis 47 - Groß-Gerau I
- Wahlkreis 48 - Groß-Gerau II
- Wahlkreis 49 - Darmstadt-Stadt I
- Wahlkreis 50 - Darmstadt-Stadt II
- Wahlkreis 51 - Darmstadt-Dieburg I
- Wahlkreis 52 - Darmstadt-Dieburg II
- Wahlkreis 53 - Odenwald
- Wahlkreis 54 - Bergstr. I
- Wahlkreis 55 - Bergstr. II

## Kontakt:

[h.schaus@ltg.hessen.de](mailto:h.schaus@ltg.hessen.de)  
Telefon 0611 350 6076

# Dr. Ulrich J. Wilken

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2008  
Vize-Präsident des Hessischen Landtags

## Zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Arbeitswissenschaftler

## Politische Vita

- Gründungsmitglied Demokratische Sozialisten (DS), Mitgliedschaft bis zur Auflösung 1990
- 1985 – 1987 Generalsekretär der deutschen Sektion der Christen für den Sozialismus
- 2000 Eintritt in die PDS
- 2001 – 2003 Kreisvorsitzender Frankfurt am Main
- Delegierter zum Gründungskongress (Rom) und 1. regulären Kongress (Athen) der Europäischen Linkspartei
- 2003-2014 Landesvorsitzender DIE LINKE Hessen
- Mitglied bei Ver.di

## Politische Ziele:

- „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ Verfassung des Landes Hessen Artikel 38(1)
- Für mich steht das Thema Soziale Gerechtigkeit in Hessen im Vordergrund. Menschen müssen endlich wieder vor Profite gestellt werden. Zum Beispiel bei der Bildung: gebührenfrei für alle – von der Kita bis zur Hochschule. Oder beim Thema Arbeit: Wir brauchen den Mindestlohn und das Tariftreuegesetz.
- Von Arbeit müssen alle Menschen leben können, egal ob als Mann oder Frau geboren, egal in welchem Land geboren. Und zwar zu jedem Zeitpunkt, auch während der Ausbildung und im Rentenalter.
- Das Frankfurter Nordend, in dem ich wohne, ist, wie viele andere Stadtteile Frankfurts, ein bunter Stadtteil mit vielen Menschen aus aller Welt. Das soll auch so bleiben. Dazu muss u. a. der Wohnraum bezahlbar bleiben. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass auch Menschen mit niedrigeren Einkommen hier gut leben können.



## Sprecher für:

- Medienpolitik,
- Rechtspolitik,
- Datenschutz

## Mitglied in den Ausschüssen:

- Hauptausschuss (HAA)
- Rechtsausschuss (RTA)
- Unterausschuss Datenschutz
- Enquetekommission Verfassung
- Ältestenrat
- Präsidium

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 21 - Limburg-Weilburg I
- Wahlkreis 22 - Limburg-Weilburg II
- Wahlkreis 28 - Rheingau-Taunus I
- Wahlkreis 29 - Rheingau-Taunus II
- Wahlkreis 30 - Wiesbaden I
- Wahlkreis 31 - Wiesbaden II
- Wahlkreis 36 - Frankfurt am Main III
- Wahlkreis 38 - Frankfurt am Main V

## Kontakt:

u.wilken@ltg.hessen.de  
Telefon 0611 350 6074

# Gabi Faulhaber

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2016

## Zur Person:

- Jahrgang: 1953
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Karben
- Beruf: Lehrerin an einer Förderschule für Lern- und Erziehungshilfe (im Ruhestand)

## Politische Vita

- politisiert im sozialistischen Jugendverband SDAJ
- Bis 1991 Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei
- Aktivistin der Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre, Antifaschistisches Bündnis Wetterau
- Mitglied der Linken seit Januar 2006
- 2008 bis 2014 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Linken Hessen, davon 4 Jahre als stellvertretende Landesvorsitzende.
- 2014 bis 2016 Landesvorstand DIE LINKE. Hessen
- Kreisvorsitzende DIE LINKE. Wetterau
- Kreistagsabgeordnete in der Wetterau
- Abgeordnete in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV)

## Politische Ziele:

Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Deshalb streite ich für ein öffentliches Bildungssystem: kostenfrei, inklusiv - ohne Auslese und Ausgrenzungen, ohne Diskriminierung und Rassismus. Dazu gehören:

- die Bildung der ganzen Persönlichkeit und nicht nur ihrer wirtschaftlich verwertbaren Qualifikationen;
- echte Ganztagschulen; ein flächendeckendes, verbindliches Konzept für Inklusion in Hessen;
- gebührenfreie Vorschulerziehung;
- eine qualifizierende berufliche Bildung – insbesondere auch für Lernende mit schulischen Schwierigkeiten;
- Zugang zu Hochschulen ohne Studiengebühren aber mit Lehrmittelfreiheit;
- eine hochwertige und praxisorientierte Lehrer/innen-Ausbildung und Weiterbildung und die ausreichende Finanzierung durch das Land.
- Private Bildungseinrichtungen lehne ich ab.
- Niemanden ausgrenzen – für eine Politik sozialer Gleichstellung!  
Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migrations- und Integrationspolitik müssen sich am



Grundgesetz und an den Menschenrechten orientieren. Es gilt das Prinzip der gleichen sozialen und demokratischen Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen. Die Bewertung von Menschen nach der Verwertungslogik der Wirtschaft darf weder Grundlage unserer Gesellschaft noch unserer Migrationspolitik sein.

- Mensch und Tier – Lebewesen dieser Erde! Tiere haben das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz. Sie müssen als Lebewesen respektiert werden.

## Sprecherin für:

- Bildungspolitik,
- Petitionen und Härtefälle,
- Integrations- und Migrationspolitik,
- Tierschutz

## Mitglied in den Ausschüssen:

- Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
- Petitionsausschuss (PTA)
- Enquetekommission Bildung
- Ständiger Unterausschuss Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge, Wiedergutmachung (UHW)
- Ältestenrat; Hessischer Tierschutzbeirat

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 40 - Main-Kinzig I
- Wahlkreis 41 - Main-Kinzig II
- Wahlkreis 42 - Main-Kinzig III
- Wahlkreis 43 - Offenbach-Stadt
- Wahlkreis 25 - Wetterau I
- Wahlkreis 26 - Wetterau II
- Wahlkreis 27 - Wetterau III

## Kontakt:

g.faulhaber@ltg.hessen.de  
Telefon 0611 350 6075

# Jan Schalauske

Mitglied des Hessischen Landtags seit 2017

## Zur Person:

- Jahrgang: 1980
- Familienstand: verheiratet, 1 Kind
- Wohnort: Marburg
- Beruf: Politikwissenschaftler

## Politische Vita

- Politisiert aus Enttäuschung über die Politik der SPD-Grünen Bundesregierung ab 1998
- Ab 1999 aktiv im Jugendverband [‘solid] – die sozialistische Jugend
- 2007 beteiligt an der Gründung des Studierendenverbandes die linke.SDS
- Ab 2005 Mitglied der Partei DIE LINKE.
- 2009-2013 Kreisvorsitzender DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf
- Ab 2014 Landesvorsitzender DIE LINKE. Hessen
- Seit 2011 Stadtverordneter, seit 2016 Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken
- 2015 OB-Kandidat der Marburger Linken (9,8 Prozent)
- Aktiv in gesellschaftlichen Bündnissen und Bewegungen
- Mitglied von ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, attac und VVN-BdA

## Politische Ziele:

- Eine Wirtschaft, die dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfs verpflichtet ist, wie es in Art. 38 der Hessischen Verfassung geschrieben steht.
- Eine höhere und gerechtere Besteuerung der Superreichen und Großunternehmen, um in öffentliche Aufgaben wie KiTa's, Schulen und in unsere Kommunen zu investieren.
- Eine Politik für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung, wie es die Hessische Verfassung in Art. 69 vorsieht. Stopp aller Waffenexporte und Rückzug deutscher Soldaten aus allen Auslandseinsätzen.
- Für einen Neustart der Europäischen Union und ein solidarisches, demokratisches und friedliches Europa.
- Für eine Rückführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum.



Gesundheit darf keine Ware sein.

## Sprecher für:

- Europapolitik,
- Friedenspolitik,
- Finanzpolitik,
- Haushaltspolitik

## Mitglied in den Ausschüssen:

- Europaausschuss (EUA)
- Haushaltsausschuss (HHA)
- Unterausschuss Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung
- Landesschuldenausschuss

## Zuständig für die Wahlkreise:

- Wahlkreis 12 Marburg-Biedenkopf I
- Wahlkreis 13 Marburg-Biedenkopf II
- Wahlkreis 14 Fulda I
- Wahlkreis 15 Fulda II
- Wahlkreis 18 Gießen I
- Wahlkreis 19 Gießen II

## Kontakt:

[j.schalauske@ltg.hessen.de](mailto:j.schalauske@ltg.hessen.de)  
Telefon 0611 350 6071

# Barbara Cárdenas

Mitglied des Hessischen Landtags von 2008 bis 2016

## Zur Person:

- Jahrgang: 1954
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Dietzenbach
- Beruf: Dipl.-Psychologin, Dipl.-Pädagogin



## Politische Vita

- in den 70er Jahren Mitglied in verschiedenen Universitäts- und Studierendengremien, dort aktiv im Kampf gegen die Berufsverbote und für Studierendenrechte
- als Mitglied der DFG aktiv in der Friedensbewegung
- seit den 70er Jahren aktiv im Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichstellung von MigrantInnen
- kommunalpolitische Erfahrung als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Dietzenbacher Liste (DL), ab 2011 der Linksfraktion in Dietzenbach
- Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN des Kreises Offenbach, Sprecherin der Ortsgruppe

## Politische Ziele:

- Armut bekämpfen, damit alle an Bildung teilhaben können
- Stärkung des öffentlichen Bildungssystems, Privatisierungen zurückfahren
- Ausleseprozesse verhindern: Sonder- und Förderschulen müssen ausgetrocknet werden
- Statt des mehrgliedrigen Schulsystems gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse
- Für Ganztagschulen, die den Namen verdienen, nicht nur in sozialen Brennpunkten
- Militär und Unternehmen raus aus den Schulen
- Menschenrechte auch für psychisch Kranke - Unterstützung statt Bevormundung
- Keine Abschiebungen, Bleiberecht ist Menschenrecht, wir brauchen offene Grenzen statt immer mehr Abschottung
- Für ein friedliches und würdiges Zusammenleben aller Menschen, gleich welcher Hautfarbe, Weltanschauung, Herkunft, Alter und Geschlecht
- Tiere sind als empfindungsfähige Wesen in unserer Verantwortung: Deshalb keine Massentierhaltung, keine Tierversuche, der Fleischkonsum muss zurückgedrängt werden

Barbara vertrat die Fraktion zuletzt in folgenden Ausschüssen:

- Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
- Petitionsausschuss (PTA), in der 18. Wahlperiode als Ausschussvorsitzende
- Enquetekommission Bildung
- zuvor abgeschlossen: Enquetekommission Integration
- Integrationsbeirat, Integrationskonferenz
- Tierschutzbeirat

Außerdem nahm sie für die Fraktion die wichtige Funktion als Wahlbeobachterin bei mehreren Wahlen in der Türkei teil, insbesondere in der mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Osttürkei.

# Willi van Ooyen

Mitglied des Hessischen Landtags von 2008 bis 2017  
Fraktionsvorsitzender von 2008 bis 2017

## Zur Person:

- Jahrgang: 1947
- Familienstand: verheiratet, 2 Söhne
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Pädagogischer Leiter

## Politische Vita

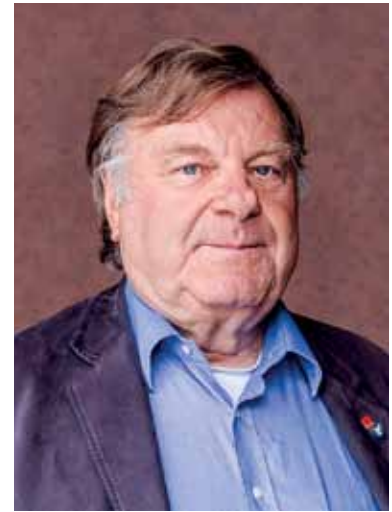
- erste Aktivitäten in den 60er Jahren in der Lehrlingsbewegung
- seit den 70er Jahren Organisator diverser Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen, z.B. Vietnam oder Chile, seit 1980 Organisator der Ostermärsche
- aktiv in der nationalen und internationalen Sozialforumsbewegung
- jahrelanges Engagement in der internationalen Friedensbewegung

## Politische Ziele:

- Die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der dringende Aufgaben vor Ort übernimmt und den Beschäftigten ein Einkommen garantiert, von dem man in Würde leben kann. Ferner ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder ab dem Vorschulalter.
- Ich glaube nicht, dass die Privatisierung öffentlicher Güter und Grundbedürfnisse (Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung, Bahn, Post, ...) soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitwirkung sichert. Deshalb setze ich in allen Bereichen auf Wiederaneignung in öffentliche Hand und Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung.

Willi van Ooyen vertrat die Fraktion zuletzt in folgenden Ausschüssen:

- Haushaltsausschuss
- Europaausschuss
- Unterausschuss Heimatvertriebe, Flüchtlinge und Wiedergutmachung
- Unterausschuss Finanzcontrolling
- zuvor beendet: Untersuchungsausschuss Steuerfahnder-Affäre (UNA 18/1)



# Das Team in Wiesbaden

## Wissenschaftliche Referentinnen und Referenten



**Kim Svenja Abraham**

Referentin für Rechtspolitik

Fraktionsreferentin im Hauptausschuss (HAA), Rechtsausschuss (RTA) und Unterausschuss Justizvollzug (UJV), Referentin für Tierschutzpolitik

k.abraham@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6098



**Christiane Böhm**

Referentin für Sozial- und Gesundheitspolitik

Fraktionsreferentin im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA)

c.boehm@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6097



**Nicole Eggers**

Referentin für Schul- und Hochschulpolitik

Fraktionsreferentin im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) und im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA)

n.eggers@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6089



**Adrian Gabriel**

Referent für Innenpolitik

Fraktionsreferent im Innenausschuss (INA)

a.gabriel@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6077



**Milena Hildebrand**

Referentin für den NSU-Untersuchungsausschuss

Fraktionsreferentin im Untersuchungsausschuss 19/2

m.hildebrand@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6099





**Kay Lejcko**

Referent für Kommunalpolitik

Fraktionsreferent im Europaausschuss (EUA)

k.lejcko@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6094



**Achim Lotz**

Referent für Umweltpolitik

Fraktionsreferent im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss (ULA)

a.lotz@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6087



**Sebastian Scholl**

Referent für Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik

Fraktionsreferent im Ausschuss Wirtschaft und Verkehr (WVA)

s.scholl@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6088



**Devrim Tuncel**

Referent für Migrations- und Flüchtlingspolitik

Fraktionsreferent im Sozial- und integrationspolitischen Ausschuss (SIA) sowie themenabhängig im Innenausschuss

d.tuncel@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6086



**Stefan Würzbach**

Referent für Haushalts- und Finanzpolitik

Fraktionsreferent im Haushaltsausschuss (HHA) sowie im Unterausschuss Neue Verwaltungssteuerung und Finanzcontrolling (UFV)

s.wuerzbach@ltg.hessen.de

Telefon 0611 350 6084

## Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter



**Hülya Erdogan**

Fraktionsgeschäftsstelle

[h.erdogan@ltg.hessen.de](mailto:h.erdogan@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6081



**Uli Franke**

Geschäftsführer

[u.franke@ltg.hessen.de](mailto:u.franke@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6078



**Hanna Hoeft**

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[h.hoeft@ltg.hessen.de](mailto:h.hoeft@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6082



**Richard Huber**

Organisation und Technik

[r.huber@ltg.hessen.de](mailto:r.huber@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6085



**Thomas Klein**

Pressesprecher

[t.klein@ltg.hessen.de](mailto:t.klein@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6079



**Ursula Stern**

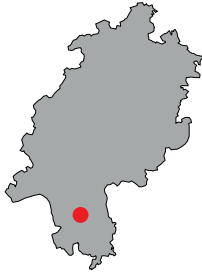
Fraktionsgeschäftsstelle

[u.stern@ltg.hessen.de](mailto:u.stern@ltg.hessen.de)

Telefon 0611 350 6080

# Ansprechpartner\_innen vor Ort

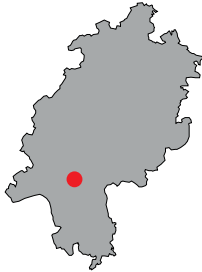
## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten in den Wahlkreisen



### **Anton Stortchilov und Dennis Eckold**

Regionalbüro Südhessen von Hermann Schaus  
Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt

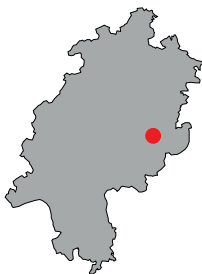
Telefon 06151 3919850



### **Christoph Hofmeier und Steffen Merte**

Wahlkreisbüro Frankfurt am Main von Janine Wissler  
Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt am Main

Telefon 069 71678810



### **Wolfgang Lörcher**

Regionalbüro Osthessen von Jan Schalauske  
Heinrichstraße 81, 36037 Fulda

wahlkreisbuero@die-linke-fulda.de

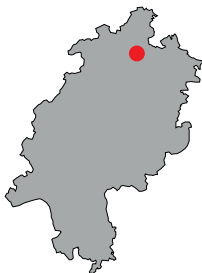
Telefon 0661 3804476



### **Jochen Dohn**

Wahlkreisbüro Hanau von Gabi Faulhaber  
Martin-Luther-King-Straße 2a, 63452 Hanau; Telefon 06181 1899573

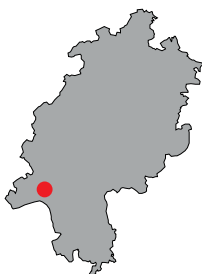
Roter Laden Friedberg, Wahlkreisbüro von Gabi Faulhaber  
Usagasse 26, 61169 Friedberg; Telefon 06031 1695707



### **Frank Habermann und Stefanie Schury**

Wahlkreisbüro Kassel von Marjana Schott  
Schillerstraße 21, 34117 Kassel

Telefon 0561 9201505



### **Petra Heimer**

Wahlkreisbüro Wiesbaden von Ulrich Wilken  
Büdingenstraße 8, 65183 Wiesbaden

wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de

Telefon 0611 36024955



HESSISCH



ER LANDTAG

Im Landtag

# Aktuelle Stunden auf Antrag der LINKEN

## 2008

- Frieden schaffen ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden
- Verurteilung aller Formen von Rechtsextremismus in Hessen
- Unverantwortliche Geschäftspolitik der Telekom - Keine Schließung der Call-Center

## 2009

- Wir zahlen nicht für eure Krise  
(*nicht auf die Tagesordnung zugelassen*)
- Hessen setzt sich für Frieden und Abrüstung ein (60 Jahre NATO)
- Solidarität mit den Beschäftigten bei Federal Mogul - in Zeiten wie diesen kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz
- Soziale Arbeit in Hessen braucht gute Arbeitsbedingungen (Streiks der Sozial- und Erziehungsdienste)
- Hessen setzt sich für friedliche Konfliktlösung ein - keine Kriegsübungen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken
- Keine Tariffucht in hessischen Betrieben (Arbeitsplatzabbau und Tariffloch in der Druckindustrie - Geplantes neues Druckzentrum im Rüsselsheim)
- Solidarität mit dem Bildungsstreik! Die Forderungen der hessischen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Studierenden sind berechtigt
- Das System Koch - Weimar, Jung, Steinbach und Co. richten Schaden über Hessen hinaus an

## 2010

- „Wetzlar Kurier“ hetzt wie ein NPD-Blatt und gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Hessen
- Einladung von Herrn Sarrazin ins Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ist ein fatales Signal für die Integration in Hessen
- Kein Platz für Nazis in Hessen - gegen Rassismus und rechte Gewalt in Wetzlar (Naziübergriffe in Wetzlar und Schwalm-Eder)
- Am 8. Mai gegen Faschismus und Krieg - Nazi-Aufmarsch in Wiesbaden verhindern
- Stadt Wiesbaden und Polizei lassen Neonazis am

8. Mai marschieren - gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements

- Schwarz-gelbe Klientelpolitik: Eliteförderung statt Bildung für alle - bei öffentlichen Hochschulen wird gekürzt, für die European Business School (EBS) werden Millionen aus Steuergeldern bereitgestellt
- Rassismus in Arztpraxen zurückweisen
- Verfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV beachten - auch hessische Kinder brauchen mehr zum Leben
- Pflegenotstand abwenden - Bedarfsdeckende Ausbildung in der Altenpflege sichern

## 2011

- Hessen verhindert Missbrauch der Leiharbeit und sagt „Ja“ zum Mindestlohn
- Landesbedienstete verdienen mehr - Tariferhöhung für die Beschäftigten in Hessen
- Hessen muss abrüsten - Konversion ist möglich
- Neueste Erkenntnisse, wie das Land Hessen die Steuerfahndung behindert - Frankfurter Rundschau vom 16.05.2011 - Interview mit Frank Wehrheim
- Streiks in der hessischen Druckindustrie - die 35-Stunden-Woche erhalten
- Keine Ausweitung der Sonntagsarbeit in Hessen - Bedarfsgewerbeverordnung stoppen
- Henzlers Jubelmeldungen sind „falsch“ - Schuldenbremse bremst gute Bildung aus (Kürzungen bei Lehrern im Vorbereitungsdienst, Klassenschließungen und geplante Lehrerzuweisungen)
- Wegsperrten von Kindern ist keine Lösung - Hessen braucht eine fortschrittliche Kinder- und Jugendhilfe
- Stille Nacht nicht nur an Weihnachten - Nordwestlandebahn stilllegen

## 2012

- Geheimdienst: Rechten Terror „ignorieren“, LINKE „bespitzeln“. Werden auch hessische Abgeordnete überwacht?
- Schlecker-Arbeitsplätze in Hessen erhalten - Solidarität am Internationalen Frauentag zeigen
- Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst -

auch Hessens Angestellte sind mehr wert

- „Versagen“ in R(h)ein-Kultur – „Chaos“ im Hessischen Innenministerium (Umstrittene Stellenbesetzung bei der Bereitschaftspolizei, IT-Vergabepraxis der Polizei und Ermittlungen gegen die LKA-Präsidentin)
- Hessentag „entmilitarisieren“ – kein „Werben fürs Sterben“ (keine Bundeswehr auf dem Hessentag)
- Sozialbericht - „Armutzeugnis“ für die Landesregierung
- Minister Hahn beschützt hessische „Steuerhinterzieher“ (Geplantes Abkommen mit der Schweiz und Ankauf von „Steuer-CDs“)
- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: UmFairTeilen auch in Hessen dringend geboten
- European Business School (EBS) als Millionengrab – 23 Millionen Gründe für den Rücktritt der Ministerin (Verdacht der Untreue gg. Ex-EBS-Präsidentin)

## 2013

- G8-Murks, Landesschulamt, Blockade beim Ganztagschulausbau: Schwarz-Gelb hält an einer Bildungspolitik gegen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Beschäftigte in Hessen fest
- Amazon zeigt: Hessische Landesregierung und Bundesregierung müssen handeln – Hartz-Gesetze zurücknehmen
- Equal Pay Day – Frauen in Hessen verdienen mehr als 22 % weniger als Männer
- Lebensgefahr durch Wirbelschleppen beenden – Nordwestlandebahn stilllegen
- Hessen begrüßt internationale Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main
- Solidarität mit den Streikenden: Gute Arbeitsbedingungen für den hessischen Einzelhandel sichern
- Aachener Friedenspreis an Offenbacher Schule vergeben – wir gratulieren

## 2014

- Rabattprogramm „FRACoconnect“ bringt mehr Lärm – Genehmigung widerrufen
- SOS Seepferdchen in Not – Schwimmbäder erhal-

ten – Schwimmunterricht für alle Kinder in Hessen garantieren

- Bürgerproteste unterstützen – keine NSA-Geheimdienstzentrale in Hessen
- Neue Panne beim hessischen Verfassungsschutz – 17 untergetauchte Neonazis trotz Haftbefehl
- Ahnungslose Landesregierung - NSA in Hessen
- Mehr Hortplätze in Hessen – Betreuung für Grundschülerinnen und -schüler sicherstellen
- Gescheiterte Regierungspolitik – die Landesregierung muss Arbeitsplätze bei K+S sichern
- Buchmesse in Frankfurt: Freihandelsabkommen TTIP bedroht Buchhandel und Kulturlandschaft
- Leere Worte der Hessischen Landesregierung reichen nicht gegen Gewalt gegen Frauen

## 2015

- Irmer gibt Ämter ab, bleibt aber in der CDU-Fraktion: Hessen-CDU muss sich endlich klar von Rechtsaußen abgrenzen
- Blockupy in Frankfurt willkommen heißen
- Soziale Berufe in Hessen aufwerten – Erzieherinnen verdienen mehr
- Hessen braucht dezentrale Energiewende – Sued-Link stoppen
- Aufwerten jetzt – mehr Geld für soziale Berufe in Hessen
- Solidarität mit den Streikenden bei der Deutschen Post AG – keine Genehmigung von Sonntagsarbeit durch das Land Hessen
- Keine Preiserhöhung – ÖPNV in Hessen besser finanzieren und ausbauen
- Fraport-Deal schadet Griechenland: Landesregierung darf Ausverkauf der griechischen Infrastruktur nicht unterstützen
- Nullrunde und Disziplinarmaßnahmen gegen streikende hessische Lehrerinnen und Lehrer – beamtenfeindliche Politik der Hessischen Landesregierung stoppen

## 2016

- Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts – die Landesregierung darf im Bundesrat der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere

Herkunftsstaaten“ im Sinne des Asylgesetzes nicht zustimmen

- Nach der Kommunalwahl: rechte und rassistische-Parolen und Politik stoppen
- Aufstehen gegen Rassismus – Aktionskonferenz in Frankfurt unterstützen
- Hessen hat Platz für Flüchtlinge und will sichere Reisewege statt weiterer Aushöhlung des Asylrechts
- Aus für Krankenhaus Lindenfels – Minister Grütner gefährdet die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- Denn sie wissen nicht was sie tun – Landesregierung wollte hessische Anteile am Flughafen Hahn an eine Briefkastenfirma verscherbeln
- Kinder müssen schwimmen lernen – auch in Hessen
- Recht auf Wohnen: Landesregierung muss bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
- Mehr Lehrkräfte für die hessischen Grundschulen und gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte

## 2017

- Mehr Wertschätzung für Busfahrerinnen und Busfahrer – ÖPNV zurück in die öffentliche Hand
- Steuerflucht stoppen: Auch FRAPORT „flie(h)gt“ ins Steuerparadies Malta
- Abschiebungen aus Schule und Psychiatrie sind unmenschlich – für eine humanitäre Flüchtlingspolitik
- Rechten Terror und Gefahr von rechts ernst nehmen und bekämpfen
- „Einstürzende Schulbauten“: Marode Schulen mit Hilfe des Landes sanieren, kommunales Investitionsprogramm 2 reicht nicht aus
- Die Hessische Landesregierung muss den Einsatz von Attac für eine gerechte Besteuerung, soziale Gerechtigkeit und Solidarität als gemeinnützig anerkennen
- Gute Arbeit am Frankfurter Flughafen: Hessische Landesregierung muss bei Vergaben Tarifbindung sichern – Solidarität mit den Beschäftigten bei den Bodenverkehrsdiensten
- Nach der Bundestagswahl - Rechtsruck entgegen-treten - soziale Gerechtigkeit in Bund und Hessen durchsetzen

- Massentlassung trotz Milliarden Gewinn: Solidarität mit den Beschäftigten bei Siemens in Offenbach und an den anderen Standorten

## 2018

- Solidarität mit den Streikenden in Hessen: IG Metall setzt wichtiges Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung
- Bundesregierung erwägt kostenlosen ÖPNV - Hessen muss Vorreiter sein, statt zu bremsen
- Wetzlar bleibt bunt - Festival der Demokratie statt Nazi-Konzert
- Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen bei Opel erhalten - Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit zum 1. Mai

(Stand Mai 2018)

Alle Debatten können in den Plenarprotokollen über [starweb.hessen.de](http://starweb.hessen.de) nachgelesen, ab Juli 2015 auch auf dem Youtube-Kanal des Hessischen Landtags angesehen werden.





# Anträge

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis April 2018 insgesamt **297 Anträge** gestellt - ohne Entschließungsanträge und Anträge auf Aktuelle Stunden.

Alle Anträge und zugehörige Debatten können über das Landtags-Informationssystem unter [starweb.hessen.de](http://starweb.hessen.de) eingesehen werden.

## Eine Auswahl:

- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte (Drs. 17/21)
- Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige (Drs. 17/22)
- Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen - mehr Betriebsprüfer/innen und Steuerfahnder/innen in Hessen (Drs. 17/143)
- Armut-Reichtums-Bericht (Drs. 17/175)
- Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung (Drs. 17/244)
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (Drs. 17/377)
- Senkung der Klassenobergrenzen in den Schulen und Gruppengrößen in den Kindertagesstätten (Drs. 18/25)
- Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige (Drs. 18/207)
- Keine hochriskanten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen (Drs. 18/442)
- Weigerung der Landesregierung zur Unterstützung des Projekts „Zug der Erinnerung“ zum Gedenken an die Deportationen während der Zeit des Faschismus (Drs. 18/872)
- Steuerfalle für Kurzarbeiter abschaffen - Progressionsvorbehalt für Kurzarbeitergeld streichen (Drs. 18/1073)
- Einsetzung einer Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ (Drs. 18/1159)
- Ausweitung der Erstausbildungsförderung für Altbewerberinnen und Altbewerber (Drs. 18/1242)
- Staatsfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten – Angriffe auf die Rundfunkfreiheit abwehren (Drs. 18/1674)
- sofortiger Stopp des Rechtsbruchs bei Arbeitslosigkeit II (Drs. 18/1772)
- freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in staatliche Museen und Theater (Drs. 18/1794)
- Studie zu den Gesundheitsrisiken durch Fluglärm in der Region Rhein-Main (Drs. 18/1827)
- endlich Gerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – auch in Hessen (Drs. 18/1898)
- Hartz IV ersetzen durch eine bedarfsdeckende Mindestsicherung (Drs. 18/1987)
- Finanzkrise der Kommunen bekämpfen – kommunale Handlungsfähigkeit sichern (Drs. 18/2081)
- Leiharbeit und Lohndumping bekämpfen – Spaltung der Belegschaften beenden (Drs. 18/2153)
- ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen (Drs. 18/2216)
- besorgniserregende Zustände am privatisierten Universitätsklinikum Gießen und Marburg – das Land muss eingreifen (Drs. 18/2242)
- Einsetzung einer Enquetekommission „Gesundheitsschutz und umweltbedingte Gesamtbelastung in hessischen Ballungsräumen“ (Drs. 18/2311)
- Sonntagsarbeitsverbot nicht weiter aushöhlen (Drs. 18/2389)
- öffentliche Vergabe nach sozial-ökologischen Kriterien (Drs. 18/2646)
- Campus Bockenheim sozial gestalten – öffentliches Eigentum erhalten (Drs. 18/2873)
- Abschiebestopp für kosovarische Staatsangehörige (Drs. 18/2988)
- Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren Biblis A und B: Zustimmungspflicht des Bundesrates für die Elfte Novelle des Atomgesetzes (Drs. 18/3118)
- Notstand bei studentischem Wohnraum endlich begegnen (Drs. 18/3183)
- Wortbruch durch Wiedereinführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung verhindern – Rechte Hessischer Bürgerinnen und Bürger schützen (Drs. 18/3651)
- Schuldenbremse schränkt Handlungsfähigkeit der Kommunen ein (Drs. 18/3752)

- Demokratie braucht Vertrauen - Gegen eine Kultur der Verdächtigung - Verzicht auf die „Antiextremismusklausel“ (Drs. 18/4026)
- Renten sichern - weitere Verschärfung der Altersarmut verhindern, Lebensabend in Würde ermöglichen! (Drs. 18/4028)
- die unverzügliche Anhebung der Grundleistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Verankerung der Leistungen in den allgemeinen sozialen Sicherungssystemen (Drs. 18/4296)
- Lockerung der Visumpflicht für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (Drs. 18/4427)
- „Luftnummer“ Kassel-Calden stoppen (Drs. 18/4429)
- überdurchschnittliche Zahl von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern über 65 Jahre in Hessen (Drs. 18/4475)
- keine soziale Auslese an Privatschulen (Drs. 18/4516)
- keine Inbetriebnahme der Nordlandebahn (Drs. 18/4531)
- Einführung von Gehörlosengeld analog zum Landesblindengeldgesetz (Drs. 18/4533)
- Landesregierung muss sich glasklar zum Nachtflugverbot und Lärmschutz bekennen (Drs. 18/4616)
- Neonaziterror bekämpfen - Demokratie und Toleranz stärken (Drs. 18/5039)
- europäische Finanzkrise wirksam bekämpfen (Drs. 18/5064)
- keinen Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte-Wohnstadt (Drs. 18/5192)
- Nordwest-Landebahn sofort stilllegen (Drs. 18/5193)
- Folgen der Schlecker-Insolvenz nicht auf die Beschäftigten abwälzen (Drs. 18/5284)
- ACTA stoppen - Internetfreiheit wahren - Urheberrechte stärken (Drs. 18/5325)
- Einnahmenverantwortung nachkommen, Spitzensteuersatz erhöhen (Drs. 18/5326)
- hessenweite Abschaffung der Gebühren im Bereich der frühkindlichen Betreuung (Drs. 18/5375)
- freies W-Lan in Hessen (Drs. 18/5508)
- Erwerb des qualifizierenden Hauptschulabschlusses – § 57 muss wieder eingeführt werden (Drs. 18/5520)
- Wiederaufnahme der Heizkostenpauschale für Wohngeldempfänger im Wohngeldgesetz (Drs. 18/5527)
- „Betreuungsgeld“ verhindern und frühkindliche Bildung stärken (Drs. 18/5876)
- Keine Rüstungsforschung an hessischen Hochschulen (Drs. 18/6069)
- Lärmaktionsplan zurückziehen, Fluglärm vermindern, Kurzstreckenflüge auf die Bahn verlagern (Drs. 18/6194)
- Konzept zur Einrichtung von Mieter/innenbeiräten in Wohnungsbaugesellschaften (Drs. 18/6269)
- Anhebung des Schulgeldes für die Altenpflegeausbildung auf ein auskömmliches Niveau (Drs. 18/6525)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur European Business School (Drs. 18/6803)
- Einbürgerungen erleichtern - Optionspflicht abschaffen (Drs. 18/7127)
- Büchereien müssen erhalten bleiben! Landesprogramm zum Erhalt kommunaler Bibliotheken auflegen (Drs. 18/7353)
- Genug der Experimente – G 8 muss endlich der Vergangenheit angehören (Drs. 18/7400)
- Beamtenkennzeichnung (Drs. 18/7509)
- Fass ohne Boden – Regionalflyghafen Kassel-Calden schließen – Schaden in Millionenhöhe für die öffentlichen Haushalte abwenden (Drs. 18/7510)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Umstände hinsichtlich der über Stunden dauernden Einkesselung von Personen während der Blockupy-Demonstration am 1.6.2013 in Frankfurt am Main und der damit verbundenen Auflösung der Demonstration (Drs. 18/7516)
- Fracking über Hessische Bergverordnung verbieten (Drs. 18/7654)
- Aufnahme syrischer Flüchtlinge schnellstens in Hessen ermöglichen (Drs. 18/7707)
- Keine Fortsetzung der Operation düstere Zukunft (Drs. 18/7797)

- Kaliproduktion in Hessen erhalten - Arbeitsplätze sichern (Drs. 19/34)
- Qualität der Kinderbetreuung sichern - KiFöG zurücknehmen (Drs. 19/35)
- Rückkehrmöglichkeit zu G9 (Drs. 19/50)
- jährliche Erstellung eines Sonntagschutzberichts (Drs. 19/107)
- wohnortnahe Betreuung für werdende Mütter (Drs. 19/137)
- Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) verhindern (Drs. 19/198)
- Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung des Handelns, Tuns oder Unterlassens der Landesregierung, der hessischen Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich ihrer politischen Leitungen, Mitarbeitern und mit ihnen zusammenarbeitenden Personen sowie das Zusammenwirken hessischer Ministerien und Behörden mit denen anderer Bundesländer und des Bundes im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund zugeschriebenen Aktivitäten und Straftaten und der wahrheitsgemäßen und vollständigen Informierung des Parlamentes und der Öffentlichkeit über die Vorgänge (Drs. 19/398)
- Tötung von Eintagsküken beenden (Drs. 19/598)
- humanitäre Hilfe statt Waffen: Verfolgte aus dem Irak jetzt aufnehmen (Drs. 19/851)
- sogenannte Lärmpausen bringen keine Lärmreduzierung. Konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr statt schwarz-grüner Mobelpackung ist nötig (Drs. 19/852)
- Keine Abschiebung in Ebola-Gebiete (Drs. 19/950)
- Terminal 3 ist überflüssig – kein Einstieg in eine neue Wachstumsrunde (Drs. 19/1525)
- Entsorgung von Abfällen aus der Kaliindustrie: Arbeitsplätze und Umwelt sichernde Entsorgung erarbeiten – Versenkung von Salzabwässern sofort beenden (Drs. 19/1628)
- soziale Berufe in Hessen aufwerten - Erzieherinnen und Erzieher verdienen mehr (Drs. 19/1789)
- 8. Mai – Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden (Drs. 19/1854)
- Anhörung zur Qualitätsentwicklung im ärztlichen Bereitschaftsdienst (Drs. 19/1856)
- kein erneutes Sonderopfer für hessische Beamtinnen und Beamte - zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses TV-H (Drs. 19/1911)
- Beschäftigungssituation am Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) (Drs. 19/1989)
- Fahrerlaubniserwerb auch den Menschen ohne Ausweispapiere ermöglichen (Drs. 19/2069)
- Sanktionsmoratorium für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher (Drs. 19/2075)
- Pflichtaufgaben der Kommunen vollständig finanzieren (Drs. 19/2210)
- keine Bereicherung auf Kosten Griechenlands durch die Übernahme griechischer Flughäfen durch die Fraport AG (Drs. 19/2471)
- Gesellschaftsjagden einstellen (Drs. 19/2518)
- Gräber der Verfolgten des Naziregimes erhalten (Drs. 19/2519)
- keine Abschiebungen in die Obdachlosigkeit – Winterabschiebestopp jetzt (Drs. 19/2902)
- bekannten Rechtsradikalen die Erlaubnis zum Besitz von Waffen endlich entziehen (Drs. 19/3043)
- Nahverkehr stärken, Angebot ausbauen, Preise senken – Neue Finanzierungsmöglichkeiten für Bus und Bahn schaffen (Drs. 19/3066)
- keine weitere Aushöhlung des Asylrechts: Maghreb-Staaten nicht als „sichere Herkunftsstaaten“ einstufen (Drs. 19/3107)
- Kooperationsverbot für Bildung endlich umfassend aufheben (Drs. 19/3171)
- Alle nicht-einvernehmlichen Handlungen müssen unter Strafe stehen. Hilfen für Opfer von Sexualstraftaten in Hessen verbessern (Drs. 19/3175)
- Konsequenzen aus den Panama Papers ziehen – Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen (Drs. 19/3280)
- Handels- und Investitionsschutz-Abkommen CETA im Bundesrat und Bundestag ablehnen (Drs. 19/3307)
- Sicherung der Aufgaben von Grundschulen in Hessen (Drs. 19/3366)
- Flughafen Kassel-Calden als Verkehrslandeplatz erhalten – Vergabeverstöße ahnden (Drs.

19/3477)

- Einführung einer bundesweiten Verlaufsstatistik zu Straftaten, Strafverfahren und Verfahrensabschlüssen durch verbindlichen und zeitnahen Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz (Drs. 19/ 3490)
- Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen (Drs. 19/3563)
- Anhörung zur Wiedererhebung einer Vermögenssteuer (Drs. 19/3564)
- Kurzstreckenflüge auf die Schiene – ein Beitrag zum Lärm- und Klimaschutz (Drs. 19/3571)
- keine Rabatte für Billigflieger am Frankfurter Flughafen (Drs. 19/4120)
- Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale durch Berufsverbote einrichten (Drs. 19/4409)
- Sicherheitspopulismus schafft keine Sicherheit (Drs. 19/4439)
- Kahlschläge beim Straßenbegleitgrün stoppen – Bäume und Sträucher an den Straßen erfüllen wichtige Funktionen (Drs. 19/4664)
- für einen Aktionsplan gegen Kinderarmut (Drs. 19/4818)
- keine Abschiebeknäste in Hessen - in Aufnahmestrukturen investieren, nicht in die Abschiebelogistik (Drs. 19/5083)
- Klares Zeichen gegen Atomwaffen setzen - friedenspolitisches Engagement und Aufklärung unterstützen (Drs. 19/5173)
- Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen (Drs. 19/5174)
- Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Drs. 19/5272)
- Mehr Personal für mehr Qualität in der Altenpflege (Drs. 19/5413)
- „Swiss Leaks“, „Lux Leaks“, „Panama Papers“, „Paradise Papers“ - Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen (Drs. 19/5414)
- Abschaffung des Paragraphen 219a StGB (Drs. 19/5455)
- Familien gehören zusammen - Familiennachzug zu Geflüchteten ermöglichen (Drs. 19/5735)
- Personenkreis der Berechtigten für das LandesTicket erweitern (Drs. 19/5766)
- Stickoxide: Grenzwerte in hessischen Kommunen einhalten - Öffentlichen Personennahverkehr stärken (Drs. 19/5986)
- Glyphosateinsatz auf landeseigenen Äckern beenden (Drs. 19/6032)
- Überlastung und Lehrkräftemangel an hessischen Schulen (Drs. 19/6098)
- Vorstoß der Bundesregierung zum ÖPNV-Nulltarif in Hessen aufgreifen - Anhörung zum Verzicht auf Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen bei Bus und Bahn (Drs. 19/6099)
- gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Hessen (Drs. 19/6167)

# Der Landtag soll sich aussprechen ...

Entschließungsanträge sind nach der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags Anträge, die die Landesregierung nicht direkt zu etwas auffordern, sondern eine Meinungsbekundung des Landtags darstellen.

Dem entsprechend hat die Fraktion DIE LINKE von 2008 bis April 2018 **124 Entschließungsanträge** gestellt. Der Landtag möge sich unter anderem aussprechen:

- gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG (Drs. 17/90)
- gegen alle Formen des Rechtsextremismus (Drs. 17/523)
- gegen Arbeitsplatzabbau bei der Telekom (Drs. 17/703)
- gegen rechte Gewalt (Drs. 18/46)
- gegen den Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise (Drs. 18/155)
- gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg (Drs. 18/209)
- für die Aktionen der Friedensbewegung (Drs. 18/279)
- für die Vergesellschaftung des Bankensektors (Drs. 18/443)
- gegen staatliches Geld für Elite-Unis (Drs. 18/797)
- für die Forderungen der Erzieher\_innen, Sozialpädagog\_innen und Sozialarbeiter\_innen (Drs. 18/816)
- gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer (Drs. 18/910)
- gegen Hartz-IV-Sanktionen (Drs. 18/1072)
- gegen Tarifflicht und Arbeitsplatzabbau (Drs. 18/1199)
- für Solidarität mit dem Bildungstreik (Drs. 18/1551)
- für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel (Drs. 18/1553)
- gegen die Kriminialisierung von Studierendenprotesten (Drs. 18/1709)
- gegen den rassistischen Wetzlar-Kurier des CDU-Abgeordneten Irmer (Drs. 18/1745)
- gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW Biblis (Drs. 18/1830)
- für die Schaffung von Arbeit statt der Diskriminierung von Arbeitslosen (Drs. 18/1831)
- für die Abschaltung des AKW Biblis (Drs. 18/1988)
- für die Bekämpfung des Rechtsextremismus (Drs. 18/2082)
- gegen Kürzungen im Bildungsbereich (Drs. 18/2235)
- gegen die gescheiterte hessische Bildungspolitik (Drs. 18/2534)
- gegen die Schließung von Gerichten und anderen Justizstandorten (Drs. 18/2563)
- gegen die Pensionierung erst mit 67 und die Rente erst mit 67 (Drs. 18/2766)
- für Karenzzeiten nach dem Ausscheiden aus Regierungsämtern (Drs. 18/3130)
- gegen Kürzungen beim Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen (Drs. 18/3447)
- gegen „Gigaliner“ (Drs. 18/3621)
- gegen die Förderung der EBS (Drs. 18/4564)
- gegen die Genehmigung von Salzlaugenversenkung im Kalirevier (Drs. 18/4669)
- für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Drs. 18/5232)
- gegen Erika Steinbach (Drs. 18/5249)
- gegen Krankenhaus-Privatisierungen (Drs. 18/5364)
- für Kita-Plätze statt Herdprämie (Drs. 18/5596)
- für Proteste gegen die Bankenkrise in Frankfurt (Drs. 18/5639)
- für ein NPD-Verbot (Drs. 18/6795)
- gegen Polizei-Gewalt (Drs. 18/6832)
- gegen Diktatur, Faschismus und Krieg - zum 80. Jahrestag der Machtübernahme deutscher Faschisten (Drs. 18/6889)
- für eine schnelle Inbetriebnahme des Partikeltherapiezentrum am Uniklinikum Gießen-Marburg (Drs. 18/6928)
- gegen den Entwurf des KiFöG (Drs. 18/7007)
- für Solidarität mit den Beschäftigten der insolventen Frankfurter Rundschau (Drs. 18/7042 und 7070)
- gegen Erika Steinbach (Drs. 18/7069)
- gegen Nazis und Nazistrukturen (Drs. 18/7286)
- gegen Lebensgefahr durch Wirbelschleppen am Frankfurter Flughafen (Drs. 18/7302)
- für das Verhalten des Frankfurter Oberbürgermeisters bei der Räumung des Ivl (Drs. 18/7309)
- für die LINKEN Steuerpläne (Drs. 18/7401)

- für den demokratischen und sozialen Neustart der EU (Drs. 18/7414)
  - für Solidarität mit regierungskritischen Demonstrationen in der hessischen Partnerregion Bursa in der Türkei (Drs. 18/7558)
  - für eine Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses der Nordwestlandebahn (Drs. 18/7717)
  - für eine Fortsetzung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Hessen (Drs. 19/27)
  - für die Verteidigung der Demokratie im digitalen Zeitalter (Drs. 19/29)
  - gegen Videoüberwachung im öffentlichen Straßenraum (Drs. 19/225)
  - gegen die Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ (Drs. 19/396)
  - gegen Geheimdiensttätigkeiten in Hessen (Drs. 19/554)
  - gegen rechtswidrige Abschiebehaft in Frankfurter JVA (Drs. 19/631)
  - für ein Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und gegen Krieg heute (Drs. 19/677)
  - für Blockupy Frankfurt als wichtige Plattform der Vernetzung von Kapitalismuskritik (Drs. 19/1155)
  - für die Tarifbindung im Versandhandel und Solidarität mit den Amazon-Beschäftigten (Drs. 19/1240)
  - für die Herabstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz und dessen Umbenennung in „Roland-Koch-Landeplatz“ (Drs. 19/1252)
  - für Aufklärung und Verantwortung statt Vertuschungen im NSU-Komplex (Drs. 19/1681)
  - gegen die Verarmungspolitik in Europa (Drs. 19/1772)
  - für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen das Massensterben an den europäischen Außengrenzen (Drs. 19/1899)
  - gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (Drs. 19/2023)
  - für menschenwürdige Verhältnisse in den Erstaufnahmeeinrichtungen (Drs. 19/2213)
  - gegen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (Drs. 19/2294)
  - für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesstätten statt Betreuungsgeld (Drs. 19/2297)
  - gegen die Bedrohung der hessischen Landwirtschaft durch die Milchkrise (Drs. 19/2414)
  - für eine Umkehr in der Asylpolitik (Drs. 19/2444 und 2649)
  - für eine Aufarbeitung der sich widersprechenden Aussagen von Merkel und Bouffier vor dem Biblis-Untersuchungsausschuss (Drs. 19/2650)
  - für eine gut ausgebildete und bezahlte Polizei statt immer mehr Wachpolizisten (Drs. 19/3511)
  - gegen das CETA-Abkommen (Drs. 19/3747)
  - für Solidarität mit den Menschen im Kalireviert (Drs. 19/3784)
  - gegen das „Abhören unter Freunden“ durch die NSA (Drs. 19/4047)
  - für Solidarität mit Journalist\_innen, Bürgermeister\_innen, Gewerkschafter\_innen und Abgeordneten der HDP in der Türkei (Drs. 19/4118)
  - gegen Abschiebungen aus der Schule (Drs. 19/4121)
  - gegen den Einsatz pensionierter Polizisten für Abschiebungen (Drs. 19/4556)
  - gegen Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge (Drs. 19/4563)
  - für die Freilassung des Journalisten Deniz Yücel (Drs. 19/4663)
  - für die Umsetzung des Friedensgebotes der Hessischen Verfassung und Abrüstung (Drs. 19/4665)
  - für einen Stopp der Pläne zur Autobahnprivatisierung (Drs. 19/4868)
  - für die „Ehe für alle“ (Drs. 19/5066)
  - gegen Ungerechtigkeiten beim Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für alle (Drs. 19/5767)
  - gegen den völkerrechtswidrigen Angriff des Erdogan-Regimes auf die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien und für Solidarität mit den Menschen in Afrin (Drs. 19/5990)
  - für den Erhalt des Krankenhauses in Bad Schwalbach (Drs. 19/6192)
- Der Volltext der Anträge und die Protokolle der dazugehörigen Debatten können über das Landtags-Informationssystem unter [starweb.hessen.de](http://starweb.hessen.de) eingesehen werden.

# Gesetzesentwürfe

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis April 2018 insgesamt **41 Gesetzesentwürfe** eingebracht, darunter:

- Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen (Drs. 17/16)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes (Streichung der Sonderregeln zum Hochschulzugang an der Uni Frankfurt, Drs. 17/69)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes (Drs. 17/144)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes (u.a. Wiederherstellung der sechsjährigen Sekundarstufe I in allen Klassen des gymnasialen Bildungsganges und Umstellung der Stundentafeln, Drs. 17/145)
- Hessisches Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum (Wiederherstellung des Wohnraumzweckentfremdungsverbot, Drs. 17/289)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Landkreisordnung (Absenkung des kommunalen Wahlrechtes auf das 16. Lebensjahr, Drs. 17/516)
- Gesetz zur Wiederherstellung des bewährten Mitbestimmungsstandards der Personalräte in Hessen (Drs. 18/24)
- Gesetz zur Landessozialberichterstattung in Form eines Armuts- und Reichtumsberichts (Drs. 18/52)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Regelungen in den Bereichen Tariftreue und sozial-ökologische Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Drs. 18/1075)
- Hessisches Gesetz über die Freiheit des Informationszugangs (Drs. 18/1225)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes (Einführung des Internationalen Frauentags am 8. März als gesetzlichen Feiertag, Drs. 18/1957)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (umfassend, u.a. Wahlalter, Senkung der Hürden für Bürgerbeteiligung; Drs. 18/3116)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Landkreisordnung (Drs. 18/3117)
- Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Bannmeile des Hessischen Landtags (Drs. 18/3719)
- Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 18/5190)
- Hessisches Gesetz über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (Drs. 18/5540)
- Hessisches Mindestlohngesetz (Drs. 18/5582)
- Gesetz zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf Lernmittelfreiheit in Hessen (Drs. 18/6075)
- Hessisches Gesetz zur Neuordnung der Aufgaben zum Schutz der Verfassung und zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz (Drs. 18/6176)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes (Begrenzung des Zinssatzes für Überziehungskredite auf maximal fünf Prozent über dem EZB-Leitzins; Drs. 18/6549)
- Gesetz zum Abbau von Diskriminierung von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Drs. 18/7738)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Drs. 19/134)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte; Drs. 19/394)
- Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe; Drs. 19/629)
- Gesetz für mehr demokratische Beteiligungsrechte in den Kommunen (Drs. 19/1520)
- Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (Regelung der Aufwandsentschädigung für schwerbehinderte ehrenamtliche Mandatsträger\_innen; Drs. 19/2412)
- Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (Abschaffung der Elternbeiträge, Erhöhung und Berechnungsvereinfachung von zwei Pauschalen für die Kindertagesbetreuung; Drs. 19/3065 und 4263)
- Gesetz zum Wahlrecht für vollbetreute Menschen (Drs. 19/5271)
- Gesetz zur Ergänzung des Artikel 8 der Verfassung des Landes Hessen (Recht auf Wohnen; Drs. 19/5734)
- Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen (Drs. 19/5961)
- Hessisches Gesetz für soziale und ökologische Kriterien, Tariftreue und Mindestlohn bei Vergaben (Drs. 19/6166)





Oben: Solidarität mit Bildungsprotesten

Unten: Abstimmung zur Abschaffung der Studiengebühren in Hessen

# Und dann war da noch ...

## Der Tag, als ein Antrag der LINKEN plötzlich angenommen wurde

Anträge von der LINKEN werden von der Mehrheit der Koalitionsfraktionen grundsätzlich abgelehnt. Das Spiel ist bekannt. Bestenfalls kommt dann einige Zeit später ein ähnlicher Antrag, der dann beschlossen wird.

Am 14. Dezember 2017 kommt es plötzlich anders. Unserem Antrag (Drs. 19/5766), das Landesticket für Landesbeschäftigte und -beamte auch auf Beschäftigte der Studierendenwerke und anderer Landesanstalten des öffentlichen Rechts wird plötzlich angenommen. Ein Versehen, sagen CDU und Grüne und machen den Beschluss ein paar Stunden später rückgängig. Da war die Meldung schon in der Welt.

Aus dem Plenarprotokoll 19/124, Vormittagssitzung:

### Vizepräsident Frank Lortz:

*Wir haben außerdem abzustimmen über den Tagesordnungspunkt 90, Drucks. 19/5766. Wer ist dafür? – CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Frau Öztürk. Wer ist dagegen? – Die FDP. Dann ist das so beschlossen.*

Die Radionachrichten auf FFH um 14 Uhr beginnen so:

*„Es ist fünf vor zwei, ich bin Lara Hoffmann, guten Tag. In Hessen sollen noch deutlich mehr Menschen das kostenlose Beamten-Ticket für Busse und Bahnen bekommen. Nach einem Antrag der Linkspartei werden auch die Mitarbeiter von Kirchen, Sparkassen oder des öffentlich-rechtlichen Rundfunks das Gratis-Ticket von RMV und NVV bekommen. CDU und Grüne hatten dem Antrag angeblich nur ‚aus Versehen zugestimmt‘. Aus Wiesbaden, FFH-Reporter Peter Hartmann:*

*Während Schüler oder Sozialrentner fürs Ticket zuzahlen müssen, fahren ja ab Januar die 145.000 Beamten und Beschäftigten der Landesbehörden kostenlos mit Bus und Bahn. Dabei soll es aber nicht bleiben. Alle Mitarbeiter sogenannter Anstalten des öffentlichen Rechts – vom Studentenwerk bis zu Sparkassen – sollen das Gratis-Ticket auch bekommen. Diesem Antrag der LINKEN hat sogar die CDU zugestimmt – entgegen ihrer eisernen Regel, nie gemeinsame Sache mit der Linkspartei zu machen. CDU und Grüne wollten den Antrag eigentlich in den Ausschuss verweisen. Sie hätten nur aus Versehen zugestimmt, heißt es.“*

Aus dem Plenarprotokoll 19/124, Nachmittagssitzung:

### Vizepräsident Frank Lortz:

*Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und teile Ihnen mit, dass der Ältestenrat soeben über die Vorgänge, die wir heute Morgen in der Debatte hatten, beraten hat. (...) Die Vertreter von CDU und GRÜNEN haben im Ältestenrat erklärt, dass sie sich über den Inhalt der Abstimmung im Irrtum befunden haben. Das ist für mich die Möglichkeit und auch die Begründung, zu entscheiden, dass die Abstimmung über diesen Antrag wiederholt wird.*

Und nach einer längeren Debatte zur Geschäftsordnung schließlich:

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Wiederholung der Abstimmung. Ich rufe den Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 19/5766, auf. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gegenstimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP und Nichtbeteiligung von SPD und DIE LINKE abgelehnt.

Und so hatten die Beschäftigten der Studierendenwerke nur ganz kurz ihr Jobticket zurück, das sie teilweise verloren hatten, weil ihre alten Jobticket-Vereinbarungen durch das neue Landesticket ersatzlos gestrichen wurden. Denn darum ging es uns eigentlich.

Natürlich bleiben wir dabei: Die Nutzung von Bussen und Bahnen sollte für alle Menschen, für alle Bevölkerungsgruppen so günstig wie möglich sein, am besten kostenlos.



19. Wahlperiode

Drucksache 19/5766

## HESSISCHER LANDTAG

12. 12. 2017

Plenum

### Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Personenkreis der Berechtigten für das Landesticket erweitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, den Personenkreis der Berechtigten für das Landesticket ab 2018 um die Beschäftigten bei den Studierendenwerken in Hessen sowie die Beschäftigten bei den weiteren Landesanstalten des öffentlichen Rechts zu erweitern.

Dem Studentenwerk und den weiteren Landesanstalten des öffentlichen Rechts sind die dadurch entstehenden Kosten (Ticket und Steuer) zu erstatten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, wie auch den weiterhin in einem Beschäftigungsverhältnis mit dem Land Hessen stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die beim Universitäts-Klinikum Gießen und Marburg (UKGM) arbeiten, ebenfalls das Landesticket zur Verfügung gestellt werden kann.

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Dezember 2017

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
Schaus

# Anfragen

## Große Anfragen

### **Geheimdienst-Skandale, Massenüberwachung sowie Grund- und Völkerrechtsverletzungen in Hessen**

08.05.2014 Drucksache 19/382  
Antw 19.02.2015 Drucksache 19/1614  
Plenarprotokoll 19/43 29.04.2015 S.2911-2921

### **Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hessen**

31.07.2014 Drucksache 19/749  
Antw 05.12.2014 Drucksache 19/1208  
Plenarprotokoll 19/37 04.03.2015 S.2446-2455

### **Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB in Hessen**

10.06.2015 Drucksache 19/2048  
Antw 16.02.2016 Drucksache 19/3133  
Plenarprotokoll 19/83 15.09.2016 S.5852-5859,  
5867

### **Blockupy Proteste am 18. März 2015**

21.07.2015 Drucksache 19/2288  
Antw 02.12.2015 Drucksache 19/2817  
Plenarprotokoll 19/66 08.03.2016 S.4665

### **Verbot der Benachteiligung nach den Besitzverhältnissen der Eltern an Schulen in freier Trägerschaft**

16.03.2016 Drucksache 19/3235  
Antw 16.06.2016 Drucksache 19/3499  
Plenarprotokoll 19/85 12.10.2016 S.5964-5972

### **Pakt für den Nachmittag**

14.12.2016 Drucksache 19/4326  
Antw 21.03.2013 Drucksache 19/4710  
Plenarprotokoll 19/107 31.05.2017 S.7537-7547

### **Schwermetallverseuchung durch die K+S Rückstandshalde Hattorf**

21.12.2016 Drucksache 19/4354  
Antw 12.04.2017 Drucksache 19/4778  
Plenarprotokoll 19/110 28.06.2017 S.7792-7801

### **Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Hessen sowie mittel- und langfristige Maßnahmen gegen Armut**

28.06.2017 Drucksache 19/5082

### **Herkunftssprachlicher Unterricht in Hessen**

25.01.2018 Drucksache 19/5974

## Kleine Anfragen

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis Mai 2018 insgesamt **527 Kleine Anfragen** gestellt.

## Mündliche Fragen

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat von 2008 bis Mai 2018 insgesamt **214 Mündliche Fragen** gestellt.

Alle Anfragen und alle Drucksachen können über das Landtags-Informationssystem unter [starweb.hessen.de](http://starweb.hessen.de) eingesehen werden.

# Reden aus zehn Jahren

## Die allererste Rede

*Willi van Ooyen zur Konstituierung des 17. Hessischen Landtags am 5. April 2008*

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren!

Ich weiß, wir sind neu in diesem neuen Landtag. Tarek Al-Wazir hat schon darauf hingewiesen, dass es dafür einen Grund gibt, dass eine neue Partei in diesen Landtag eingetreten ist. Das hängt damit zusammen, dass wir andere Themen, andere Inhalte, andere Schwerpunkte gesetzt haben, die bisher im Landtag nicht vertreten waren.

Ich will noch einmal deutlich machen: Die Partei DIE LINKE gehört nicht zu dem neo-konservativen, neo-liberalen Spektrum. Unsere politischen Inhalte stellen sich natürlich anders dar als die der CDU und der FDP, aber auch gegenüber SPD und GRÜNEN.

Wir sind der Meinung, der hessische Wähler hat am 27. Januar tatsächlich dafür gesorgt, dass künftig diese geschäftsführende Landesregierung in Opposition zur Mehrheit der Wähler in Hessen steht.

Diese Erkenntnis führte dazu, dass wir einen Landtag haben, der zum ersten Mal wieder souveräner, unabhängiger ist und nicht mehr aus dem Kabinettsessel und der Staatskanzlei dirigiert werden kann.

Wir sollten unsere Souveränität in diesem Parlament tatsächlich nutzen. Wir sollten einander zuhören und sicherlich auch Streitig miteinander diskutieren, um die für die Menschen in Hessen beste Lösung zu finden. Dazu wollen wir beitragen. Herr Ministerpräsident, gestern habe ich mit einigem Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie in Ihrer Rede zur Eröffnung dieses Landtags Georg August Zinn und den Antifaschisten Eugen Kogon zitiert haben. Da habe ich mir gedacht: Es gibt einen gewissen Klimawechsel, vielleicht öffnet man sich.

Aber in Ihrer heutigen Rede haben Sie nochmals Ihr gesundes Feindbild genannt, dass Sie mit allen reden wollen, nur nicht mit uns. Ich hatte gedacht, es ändert sich klimatisch etwas. Das stimmt nicht.

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Für mich als junger Gewerkschafter in der Lehrlingsbewährung war gerade Eugen Kogon derjenige, der mich dadurch beeindruckt hat, dass er als ehemaliger KZ-Häftling und Antifaschist ein Buch geschrieben hat, das wir aufgezehrt haben. Daher gehört er im Grunde genommen für die gesamte LINKE in die antifaschistische Tradition. Wir sollten Eugen Kogon und seinen Geist in der antifaschisti-

schen Tradition dieses Landes bewahren und dieses Andenken auch über Parteigrenzen hinweg wachhalten.

An diesem Tag möchte ich aber auch – das trifft sich gerade so – an einen anderen Wiesbadener erinnern, an Martin Niemöller. Er nahm genau heute vor 50 Jahren am 1. Ostermarsch teil, der von London nach Aldermaston ging, und er trug maßgeblich dazu bei, dass es in der Bundesrepublik heute eine gute Tradition ist, Ostermärsche für Abrüstung und gegen den Krieg durchzuführen.

Martin Niemöller hat auch mich in vielen Gesprächen, die wir miteinander geführt haben, geprägt. Wir verdanken ihm viel, vor allen Dingen, dass es in diesem Land eine übergroße Mehrheit in der Bevölkerung gibt, die sich klar gegen Kriege, gegen Gewalt, für nicht militärische Formen der Konfliktaustragung einsetzt.



Nach diesem Blick zurück will ich auf die Situation eingehen, die vor uns liegt. Von der geschäftsführenden Landesregierung erwarten wir, dass sie die Parlamentsentscheidungen nicht behindert und verzögert, sondern dass sie diese Entscheidungen respektiert und mithilft, sie schnell umzusetzen.

Wir wollen – und dies sehen wir als Chance dieses Parlaments –, dass die Debatten öffentlich werden und auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Zumindest war dies das Signal der letzten Wochen aus den Medien, die sich sehr konstruktiv nicht nur wegen der heutigen konstituierenden Sitzung mit uns beschäftigt haben. Ich denke, es ist wichtig, die Inhalte, über die wir streiten und die wir hier beschließen, auch in die Öffentlichkeit zu tragen und dadurch mitzuhelfen, dass diese Inhalte im Interesse der Menschen umgesetzt werden.

Wir sehen uns nicht als Stellvertreter der verschiedensten Initiativen und sozialen Bewegungen, sondern wir sind Bestandteil der außerparlamentarischen Be-

wegung. Auch das ist ein Unterschied zu den Parteien in diesem Landtag.

Wir sind vor allen Dingen angetreten, für die Menschen ein Ohr zu haben, die bisher kein Ohr gefunden haben und die allzu oft abgestoßen wurden.

Unsere Politik ist eindeutig erkennbar als eine, die sich gegen die Agenda 2000 und gegen Hartz IV wendet. Wir wollen, dass die Ein-Euro-Jobs tatsächlich nicht mehr aus den Sozietats finanziert werden, sondern dass daraus andere, vernünftige Arbeitsverhältnisse zu Mindestlohnbedingungen finanziert werden.

(Beifall des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Menschen in Hessen wollen soziale Gerechtigkeit und keine Kinderarmut. Sie wollen eine gerechte Steuerpolitik, die die bisherige gesellschaftliche Umverteilung beendet und die Reichen wirklich besteuert. (Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eueueu!) Wir wenden uns gegen jegliche Privatisierung und wollen Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge tatsächlich in öffentlicher Hand behalten. Das gilt für Wasser und Strom, natürlich aber auch für Bildung und Gesundheit.

In Art. 38 der Hessischen Verfassung steht, dass die Wirtschaft des Landes die Aufgabe hat, „dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen“. Deshalb müssen soziale Ungerechtigkeit, Armut und Not bekämpft werden. Das ist der Auftrag der Hessischen Verfassung.

In den nächsten Tagen werden wir sicherlich Themen aufgreifen, die schon genannt wurden. Das betrifft auch die Studiengebühren. Dort gehen wir etwas weiter, denn wir glauben, dass man verfassungswidrig einbehaltenes Geld wieder zurückzahlen muss. Das muss getan werden: Diese eingezogenen Studiengebühren gehören denen, die sie eingezahlt haben.

Wir gehen davon aus, dass es in der Bildungspolitik sehr grundsätzliche Entwicklungen der Integration geben muss, nicht nur von Migranten in das Schulsystem, sondern das gemeinsame Lernen muss Vorrang haben.

Wir gehen davon aus, dass es in Wiesbaden kein neues US-Headquarter geben muss. Gerade dieses Headquarter ist dafür verantwortlich, dass in Abu Ghuraib gefoltert wurde.

Wir treten für diese Dinge hier im Parlament ein, weil wir – um Herrn Hahn ein bisschen entgegenzukommen – nicht nur mit Voltaire agieren, sondern weil wir Freiheit, Gleichheit und Solidarität, also die Ideale der Französischen Revolution, als inhaltliche Zielvorstel-

lungen haben.

Wir wollen dies im Parlament einbringen, aber wir wollen diese Dinge auch in den außerparlamentarischen Bewegungen, der Friedensbewegung mit vorantreiben. Wir wissen, dass unsere politischen Möglichkeiten in diesem Parlament relativ begrenzt sind. Aber ich glaube, wenn wir Druck entfalten, wenn wir die Bevölkerung aktivieren, wenn wir die Menschen mitnehmen, dann wird sich in diesem Land tatsächlich etwas verändern lassen. Dann ist der Politikwechsel, von dem geredet wurde, eine Möglichkeit, die wir alle anstreben sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

\*\*\*

### Die erste Rede von Janine Wissler

*zur Abschaffung der Studiengebühren am 9. April 2008*

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für Solidarität und freie Bildung – das ist das Motto der hessischen Studierendenbewegung. Zehntausende Studierende, aber auch Schüler und Eltern sind für das Recht auf gebührenfreie Bildung auf die Straße gegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Studierendenvertretungen hat fast 80.000 Unterschriften im Rahmen der Verfassungsklage gesammelt. Das zeigt, wie groß die Solidarität und die Sympathie für die Studierenden und ihre Proteste sind und wie breit die Unterstützung für ihre Forderungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Studiengebühren kippen, ist das nicht der Erfolg dreier Parlamentsparteien, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und der Beharrlichkeit der Aktiven. In vielen Bundesländern sind Studiengebühren eingeführt worden. In keinem Bundesland haben die Studiengebühren eine solch wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt.

(Axel Wintermeyer (CDU):Aber in 70 % aller Universitäten gibt es Studienbeiträge!)

In keinem Land waren die Proteste so groß wie in Hessen. Ich denke: Sollten die Studiengebühren abgeschafft werden, ist das doch auch ein Zeichen, dass es sich lohnt, für seine Rechte einzutreten, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, und dass es sich lohnt, auf die Straße zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das stärkt doch die Demokratie, weil die Menschen merken, dass sie Einfluss nehmen können und dass Veränderungen von unten möglich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es der LINKEN besonders wichtig, dieses Anliegen so schnell wie möglich in den Landtag einzubringen und für die sofortige Abschaffung von Studiengebühren einzutreten, damit im Wintersemester kein Student mehr die verfassungswidrigen Studiengebühren zahlen muss.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU):Woher wissen Sie das denn?)

Zu meinem Erstaunen nannte Ministerpräsident Koch in seiner heutigen Regierungserklärung die Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit als zentrales Anliegen der Bildungspolitik seiner Regierung. Diese Regierung hat jedoch in den letzten Jahren eine sozial ungerechte Bildungspolitik in Hessen vorangetrieben, die auch in der Bevölkerung auf große Ablehnung gestoßen ist. Als „Auslesen statt Fördern“ hat die Gewerkschaft GEW die Politik der Regierung meiner Meinung nach treffend bezeichnet.

Der Rückzug der beiden zuständigen Minister Wolff und Cortis spricht ja auch Bände – für die verfehlte Bildungspolitik dieser Regierung. Die Einführung der allgemeinen Studiengebühren ist unserer Meinung nach ein Bruch der Hessischen Verfassung.

Sie verstößt gegen Art. 59, der einen unentgeltlichen Unterricht an allen Schulen und Hochschulen garantiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Studierenden haben mit ihren Protesten ihr in der Verfassung verankertes Recht auf freie Bildung verteidigt, und wir wenden uns gegen alle Versuche, diese Bewegung zu kriminalisieren. Der Protest ist und war legitim.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will jetzt zu unserem Gesetzentwurf kommen und dazu einige Ausführungen machen. Es handelt sich um ein wahlkampfnahe Gesetzgebungsvorhaben, wie der Ministerpräsident es heute Morgen bezeichnete. Das Schöne an solchen Gesetzesvorhaben ist nämlich, dass sie sich daran orientieren, was man im Wahlkampf versprochen hat. Bei der Gelegenheit will ich schon einmal ankündigen, dass wir auch in Zukunft sehr viele wahlkampfnahe Gesetzesinitiativen hier einbringen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Gesetzentwurf beinhaltet die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren, des Verwaltungskostenbeitrages sowie der Langzeit- und Zweitstudiengebühren.

Wir halten Studiengebühren für sozial zutiefst ungerecht. Sie treffen nicht nur Studierende, sondern gerade auch deren Familien, die sich weiter finanziell einschränken müssen, um dem Kind oder den Kindern ein Studium finanzieren zu können. Die LINKE tritt für mehr Chancengerechtigkeit und gegen eine verstärkte Auslese ein. Vielleicht kann sich auch jeder von Ihnen einmal fragen, ob Sie den Lebensweg, den Sie gegangen sind, auch gegangen wären, wenn es Studiengebühren gegeben hätte und Sie selber keinen freien Zugang zu Hochschulen gehabt hätten. Der Zugang zu Bildung muss unabhängig von Status und Geldbeutel der Eltern sein. Die Tochter des Bankdirektors darf keine besseren Chancen aufgrund ihrer Herkunft haben als das Kind der alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)



Wer erreichen will, dass Studierende ihr Studium in kürzerer Zeit absolvieren, der muss die Bedingungen an den Hochschulen verbessern. Denn sonst kann man gar nicht feststellen, ob ein Student selbstverschuldet die Regelstudienzeit überschreitet. Ich bin Studentin, und ich weiß, wie unzumutbar zum Teil die Bedingungen an den hessischen Hochschulen sind. Ich weiß, dass man Seminare nicht besuchen kann, weil sie überfüllt sind, dass man Scheine nicht machen kann und dass man ins Hintertreffen gerät.

Es ist auch eine Tatsache, dass 70 % aller Studierenden arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt und ihr Studium finanzieren zu können. Das kostet natürlich Zeit. Das ist Zeit, die zum Studieren fehlt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren, und deshalb lehnen wir auch den Art. 3 im Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN ab,

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

mit dem Zwangsexmatrikulationen unserer Meinung nach erleichtert werden sollen. Das lehnen wir ab.

Die bereits gezahlten Studienbeiträge müssen zurückgezahlt werden. Wenn es falsch war, allgemeine Gebühren zu erheben, dann ist es jetzt auch richtig, sie zurückzuzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Hochschulen müssen die Ausfälle durch die Abschaffung der Studiengebühren aus Landesmitteln erstattet werden.

Jetzt möchte ich etwas zur vermeintlichen Nichtfinanzierbarkeit der Forderungen sagen, die wir aufstellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass allein durch die Unternehmensteuerreform, an der der Ministerpräsident tatkräftig zur Unterstützung von Peer Steinbrück mitgewirkt hat, über 200 Millionen Euro dem hessischen Haushalt jedes Jahr fehlen. Ich habe niemanden gehört, der aufgeschrien hätte: „Das ist zu teuer, das können wir nicht gegenfinanzieren, das können wir uns nicht leisten, da müssten wir uns verschulden.“

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer hat Ihnen das erzählt?)

Da hat niemand aufgeschrien. Das kann man sich offensichtlich leisten. Diese 200 Millionen Euro würden reichen, um die Studiengebühren zumindest finanzpolitisch überflüssig zu machen.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was für eine Logik!)

Zudem fordern wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die würde dem Land Hessen 1,2 Milliarden Euro jährlich bringen. Das ist das Zehnfache der Einnahmen, die jetzt durch die Studiengebühren entstehen. Ich denke, man kann nicht immer Steuersenkungen für Unternehmer und für Vermögende fordern und sich dann beschweren, dass die Kassen so leer sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie haben es nicht verstanden!)

– Ich weiß nicht, wer Sie sind, ich kenne Ihren Namen noch nicht. Ich habe auch den Zwischenruf nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich möchte Ihnen noch den Vorschlag machen, wie man kurzfristig im Landeshaushalt umschichten kann, beispielsweise bei teuren Verkehrsprojekten wie dem Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, den wir im Übrigen auch aus ökologischen Gründen ablehnen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist unserer Meinung nach keine Frage des Nicht-Könnens. Es ist jahrzehntelang möglich gewesen, in Hessen kostenfrei zu studieren, in Deutschland kostenfrei zu studieren. Deutschland ist nicht ärmer geworden. Hessen ist ein reiches Land, wie wir auch in der Regierungserklärung gehört haben. Warum also soll ein kostenfreies Studieren

heute nicht mehr möglich sein? Ich denke, es ist eine Frage der Prioritäten, nicht der Möglichkeiten. Es muss

möglich sein, dass in einem der reichsten Länder jedes Kind gleichberechtigt Zugang zu Bildung hat.

Es geht dabei auch nicht ums Piesacken. Das Geld gehört nicht der Landesregierung, man will es ihr nicht entreißen.

Vielmehr soll das Geld von der Regierung verwaltet werden, und zwar zum Wohle der Menschen. Dazu gehört auch der gleichberechtigte Zugang zu Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die LINKE steht darüber hinaus für einen grundsätzlich anderen Bildungsbegriff, der sich nicht an der Verwertbarkeit des Marktes, sondern am Menschen orientiert. Bildung darf eben keine Ware werden, die man kaufen kann, wenn man es sich leisten kann – oder eben nicht, wenn man es sich nicht leisten kann. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft, weder bei der Bildung noch bei der Gesundheit, noch beim Zugang zu Kultur. Für DIE LINKE gilt: Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht zum Privileg werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Möglichkeit, in Hessen ein Zeichen für freie Bildung, für Chancengerechtigkeit zu setzen, indem wir die Studiengebühren wieder abschaffen. Das wäre ein Signal für ganz Deutschland: In Hessen gibt es keine Auslese nach dem Geldbeutel der Eltern. Der freie Hochschulzugang ist eine Errungenschaft, die erkämpft wurde. Heute gilt es sie zu verteidigen. Deshalb ist es nötig, dass die Studierendenbewegung und die Gewerkschaften so lange Druck machen und auf die Straße gehen, bis dieses Gesetz endlich gekippt ist. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

*Vizepräsident Dieter Posch:*

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. Es ist eine Tradition, dass in diesem Hause darauf hingewiesen wird, wann jemand seine erste Rede gehalten hat. Diese Tradition wollen wir beibehalten, weil es viele neue Abgeordnete gibt.

Herzlichen Dank, Frau Abg. Wissler.

(Allgemeiner Beifall)

## Rede von Barbara Cárdenas

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Für ein solidarisches Europa: Schutz und Hilfe für Flüchtlinge“  
am 22. Mai 2014

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Spätestens seit dem Bootsunglück vor Lampedusa, als am 3. Oktober 2013 390 Geflüchtete vor der italienischen Mittelmeerinsel ertranken, steht die Flüchtlingspolitik wieder im Fokus der Öffentlichkeit. Lampedusa, ein 20 km<sup>2</sup> großes Stück Land zwischen Tunesien und Sizilien, ist zum Synonym geworden für das Scheitern der europäischen Asylpolitik, für ein inhumanes Grenzregime, das den Tod verzweifelter Flüchtlinge nicht nur in Kauf nimmt, sondern als Bestandteil seiner Abschreckungspolitik einkalkuliert.

Am 26. Mai 1993, als der Bundestag mit den Stimmen der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie mit Zustimmung der SPD den sogenannten Asylkompromiss beschloss, der die Asylgarantie des Grundgesetzes aushebelte, sagte Gregor Gysi in seiner Rede vor dem Parlament: Wer heute der faktischen Abschaffung des Asylrechts zustimmt, muss wissen, dass er Mitverantwortung trägt, wenn eines Tages an den Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird. Heute wissen wir: Die Grenzschutzagentur Frontex, die Europa eigens eingerichtet hat, um Migrantinnen und Migranten von seinen Grenzen fernzuhalten, muss gar nicht schließen.

Die Festung Europa kommt ohne Mauern und Schießanlagen aus, denn sie hat einen Burggraben. Fast täglich erreichen uns Nachrichten von Asylsuchenden, die – angewiesen auf lebensgefährliche Fluchtwege – im Mittelmeer, in der Ägäis oder im türkisch-griechischen Grenzfluss Evros verunglücken und sterben. Über 23.000 Geflüchtete sind seit dem Jahre 2000 auf dem Weg nach Europa ertrunken, verdurstet, erfroren oder auf andere Weise ums Leben gekommen. Wer schiffsbrüchigen Flüchtlingen zu Hilfe kommt – das hat nicht nur der Cap-Anamur-Prozess gezeigt –, riskiert, wegen Beihilfe zur illegalen Einreise strafrechtlich belangt zu werden. Das können wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Europa, das sich gerne als ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sieht, tatsächlich ein solcher Raum werden möchte, dann muss Europa zuallererst sein Grenzregime überdenken und in seiner Flüchtlingspolitik einen grundlegenden Kurswechsel einleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Europa wird niemals ein Raum der Freiheit sein, wenn es Verfolgte und Schutzsuchende weiterhin brutal

abweist. Europa kann kein Raum der Sicherheit sein, wenn es das Massensterben vor seinen Toren nicht verhindert. Und Europa wird auch kein Raum des Rechts werden, wenn es den Rechtsschutz derjenigen, die in besonderem Maße darauf angewiesen sind, auf



ein Minimalmaß reduziert, wenn es mit der Dublin-Verordnung ein Asylsystem bereitstellt, in dem Fragen der Zuständigkeit einzelner EU-Länder eine größere Rolle als die Fluchtgründe der Betroffenen spielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Heute, drei Tage vor der Europawahl, fordern wir LINKE daher: Die Praxis, Flüchtlingsboote abzufangen und abzudrängen, muss aufhören. Wer Schiffsbrüchigen zu Hilfe kommen will, der darf juristisch nicht belangt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern: Schafft sichere Fluchtkorridore für Menschen, die Schutz bei uns suchen. Nur ein Bruchteil der Personen, die schutzbedürftig sind, kommt nach Europa. Das muss angesichts rechtspopulistischer Scharfmacher, die den Untergang Europas durch Flüchtlingsströme beschwören, immer wieder gesagt werden. Dem UNHCR-Bericht „Global Trends“ zufolge hielten sich Ende 2012 von den weltweit insgesamt 45 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind, 81 % in Entwicklungsländern auf. Dass Geflüchtete meist in ihrer Region bleiben, zeigt uns das Beispiel syrischer Kriegsflüchtlinge. Nach Deutschland sind laut UNHCR bislang 30.000 Personen geflüchtet, in die Nachbarstaaten Syriens dagegen 2,6 Millionen Menschen. Daher fordern wir LINKE: Europa muss einen substanziellen Beitrag dazu leisten, die Erstzufluchtländer von Flüchtlingen, die strukturell meist überfordert sind, zu entlasten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Resettlement-Initiative des UNHCR, bei der es um die dauerhafte Aufnahme von Schutzbedürftigen in aufnahmebereiten Drittstaaten geht, muss zu einem europäischen Projekt werden. Von den 80.000



Resettlement-Plätzen, die weltweit tatsächlich zur Verfügung stehen, bieten alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen nur 5.500 an. 20.000 Neuansiedlungsplätze müssten es aber sein, um dem Richtwert des UNHCR für die Europäische Union zu genügen. Wir fordern weiterhin, denjenigen Asylsuchenden, die es trotz aller Widrigkeiten nach Europa geschafft haben, ein faires Asylverfahren zu garantieren, das sie schützt. Wir wollen weg von der bisherigen Regelung der Dublin-Verordnung, die Asylsuchende zwingt, ihr Asylverfahren im Land ihrer Einreise durchzuführen, und sie in allen anderen Ländern der Europäischen Union in die Rechtlosigkeit treibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Verordnung, die dazu führt, dass Schutzsuchende in einem entwürdigendem Verfahren zwischen den EU-Ländern hin und her geschoben, inhaftiert oder in die Illegalität getrieben werden, ist auch zutiefst unsolidarisch, weil sie einseitig die südlichen Randstaaten belastet. Wir LINKE fordern daher eine grundlegende Reform des Dublin-Systems. Wir fordern, wie übrigens auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in seiner Initiativstellungnahme vom 16. Oktober 2013, dass Geflüchtete selbst entscheiden, in welchem Land sie das Asylverfahren durchführen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss noch ein Wort zu den jüngsten Gesetzesentwürfen der Bundesregierung. In dem Entwurf für ein Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung will die Bundesregierung durch die Einführung einer Art Aufnahmehaft die Haftgründe für Asylsuchende ins Uferlose ausdehnen. Diese Initiative ist, wie es Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ auf den Punkt brachte, „Perfidie in Paragrafenform“. Wir meinen, das ist ein Entwurf, der nicht zu geltendem Recht werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

In einem weiteren Vorstoß der Bundesregierung sollen Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. In diesem Kabinettsentwurf kommt eine gesellschaftliche Stimmung zum Ausdruck, die von antiziganistischen Ressentiments geprägt ist – eine Stimmung, die nicht zuletzt von Stellungnahmen aus dem Regierungslager befeuert wird, wonach Romaflüchtlinge nur aus wirtschaftlichen Gründen gekommen seien und das Asylrecht missbräuchten. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verfolgungssituation von Roma in den angeblich sicheren Balkanstaaten findet nicht statt, weder in der Begründung zum Kabinettsentwurf noch in anderer Form. Die Lageanalyse im Entwurf sei

verharmlosend und irreführend und berücksichtige nicht den unionsrechtlich relevanten Rechtsmaßstab, schreibt folgerichtig der Asylrechtsexperte Dr. Reinhard Marx in seinem Rechtsgutachten vom 23. April 2014. Man muss hinzufügen: Dieser Entwurf berücksichtigt auch in keiner Weise die historische Verantwortung Deutschlands. Ein Land, das den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma als historische Schuld auf seinen Schultern trägt, kann sich weder eine öffentliche, schamlos quer durch alle Fernsehkanäle geführte antiziganistische Debatte leisten, noch kann es sich leisten, Schutz suchende Roma vor seinen Toren abzuweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern daher die Landesregierung auf, im Bundesrat die Zustimmung zu diesem Gesetz zu verweigern. Abschließend: Sehr verehrte Damen und Herren, wir meinen, in der Flüchtlingspolitik kristallisiert sich der moralische Anspruch eines Gemeinwesens. Wir wollen ein Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, das seine Mitglied- und seine Nachbarstaaten fair behandelt und dessen maßgeblicher Maßstab beim Umgang mit Menschen in Not der Gedanke der Solidarität ist. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

\*\*\*

### Rede von Gabi Faulhaber

*zum Antrag der LINKEN „Unterrichtsausfall ernst nehmen, statt verschleiern“ am 25. April 2018*

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gerade erst behauptete der Kultusminister wieder: in Hessen fällt kein Unterricht aus. Es gebe Vertretungen und genügend Personal für Vertretungen.

Jetzt frag ich Sie: Gibt es Paralleluniversen in der hessischen Bildungspolitik?

Ein ahnungsloser Kultusminister, der auf der lichtdurchfluteten Sonnenseite agiert und eine dunkle Seite, auf der es diesen geheimnisvollen Unterrichtsausfall gibt und diesen Lehrermangel und diese Überlastungen?

Gibt es keine fachfremd eingesetzten Kräfte an unseren Schulen oder sind das vielleicht Aliens?

Und beide Welten sind ohne Kontakt? Und ohne kompatible Kommunikationsstruktur?

Die Frage ist doch: Sind Sie wirklich ahnungslos, Herr Lorz, oder verbreiten sie nur eitel Sonnenschein in der Öffentlichkeit und ignorieren arrogant alle Versuche,

Ihnen die Probleme an den hessischen Schulen nahe zu bringen? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

Wäre Letzteres der Fall, würde ich sagen: Ein solcher Kultusminister ist nicht tragbar.

Und ein bildungspolitischer Sprecher, der wie eine hüpfende Schallplatte ständig wiederholt, an den hessischen Schulen sei alles bestens und so gut wie nie zuvor, ist im Übrigen auch nicht tragbar.

Sie, Herr Schwarz, sind doch nach eigener Aussage ständig an den Schulen unterwegs. Dann erklären Sie mir mal bitte, wieso Sie dann nicht einen einzigen Blick auf einen der Vertretungspläne geworfen haben.

Über was unterhalten Sie sich denn mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort?



Meine Damen und Herren,

Sie wundern sich über die Politikverdrossenheit junger Menschen? Über das fehlende Vertrauen in die Politiker? Ja, hier haben Sie ein Paradebeispiel dafür, wie so eine Verdrossenheit entsteht.

Da behauptet ein Kultusminister jahrelang, es gäbe keinen Unterrichtsausfall an hessischen Schulen und der Landesschülervertretung gelingt es durch eine simple Abfrage, dies zu widerlegen.

Dann soll das Vertrauen in die Politik schaffen? Also ich bitte Sie!

Und nun schauen wir uns doch mal an, was die Schülerinnen und Schüler erfragt haben: Herausgefunden haben sie, dass es massiven, aber wirklich massiven Unterrichtsausfall in Hessen gibt.

Hochgerechnet auf etwa 700 weiterführenden Schulen fallen pro Schule über 23 Unterrichtsstunden im Schnitt aus – täglich!

Und wenn man da nicht von massivem Unterrichtsausfall reden kann, Herr Lorz, dann weiß ich es auch nicht!

Es hilft doch auch nicht, wenn Sie hier darstellen, wie komplex die Beurteilung sei, ob es sich um Unter-

richtsausfall handele oder nicht und über Englischlehrer erzählen, die ausfallende Mathematikstunden auffangen. Als ob wir ausreichend Fachlehrer als Vertretungsreserve hätten! Diese Fachlehrer sind verplant! Natürlich haben die Schulen Vertretungspläne. Aber ich war Lehrerin von Beruf und Sie können mit nicht erzählen, dass alle Stunden pädagogisch sinnvoll oder aber überhaupt vertreten werden.

Und immer wiederholen Sie auf Anfragen der Opposition allen Ernstes, Unterrichtsausfall sei kein Thema!

Ebenfalls kein Thema für Sie sind die zahlreichen Überlastungsanzeigen Ihrer Lehrkräfte und ebenso wenig deren Gesundheit.

Kein Thema ist eine gerechte Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, kein Thema ist eine umfassende Bedarfsanalyse bezüglich des tatsächlichen Investitionsbedarfs für Schulgebäude und kein Thema ist die Ungerechtigkeit in Bezug auf das Schülerticket.

Daher finde ich die Bezeichnung der SPD „Minister Ahnungslos“ durchaus zutreffend.

Sie weigern sich hartnäckig, Dinge zur Kenntnis zu nehmen!

Was für Sie selbst, Herr Lorz, kein Thema ist, wird von Ihnen auch nicht als Thema wahrgenommen.

Da liegen wirklich beunruhigende Studien über Arbeitsbelastungen und Gesundheitszustände von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Bundesländern vor, und das interessiert sie überhaupt nicht! Ich finde das skandalös!

Stattdessen verkauften Sie uns und der Öffentlichkeit gestern in einer Pressekonferenz die Mogelpackung „Pakt für den Nachmittag“ als ein Erfolgskonzept.

Mal davon abgesehen, dass viele Betreuungseinrichtungen des Pakts schon lange vor seiner Einführung die gleiche Arbeit getan haben, für die Schwarzgrün sich hier lobt, kann man eine Beteiligung von nicht einmal 20% der Grundschulen doch nicht als großen Erfolg propagieren! Das ist doch lächerlich!

25 von 33 Schulträgern sind im Ganztagsprogramm – das klingt gut. Das sagt aber nichts über die Zahl der Schulen. Und dass 70 Prozent der hessischen Schulen ein Ganztagsangebot hätten, halte ich für ein Gerücht. Nur weil es ab und zu eine Nachmittags-AG gibt, kann man das noch lange nicht Ganztagsangebot nennen!

Und dann wird dieser Pakt nicht einmal finanziell von der schwarzgrünen Landesregierung getragen.

Dafür sind dann die Kommunen verantwortlich.

Die allerdings werden bei der Lobdudelei nicht berück-

sichtigt. Auf keiner einzigen der Pressekonferenzen oder Ausschusssitzungen, die sich um den Pakt für den Nachmittag drehten, war auch nur eine kommunale Vertretung anwesend.

Aber nochmal kurz zurück zum Ausgangspunkt: So kann es ja nicht weitergehen! Wir fordern eine umfassende Bedarfsanalyse, die den tatsächlichen Lehrermangel erfasst und den zukünftigen Lehrerberauf in Hessen hochrechnet.

Dabei müssen sowohl der Unterrichtsausfall als auch die gesundheitlich bedingten Arbeitsausfälle erfasst werden.

Es hilft ja nicht weiter, wenn sie immer wieder schöne Zahlen aufzählen und alles in rosaroten Farben malen.

Wenn ein Kultusministerium die gesundheitsrelevanten Probleme nicht wissen will und keine Vorstellung von Unterrichtsausfall und Lehrerberauf hat – kann es nicht beurteilen, was zukünftig getan werden muss.

Diese gefährliche Nachlässigkeit darf nicht weiter auf dem Rücken von Lehrkräften, Schulleitungen und Schülerinnen und Schülern ausgetragen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

\*\*\*

## Rede von Hermann Schaus

*zur Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses am 22. Mai 2014*

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Bekanntwerden des NSU-Terrors markiert eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bis heute ist nicht erklärlich, wie und warum über mehr als zehn Jahre hinweg Naziterroristen nahezu unbehelligt dutzende Banküberfälle, mehrere Sprengstoffanschläge und zehn eiskalte Morde verüben konnten. Vor allem den engagierten Aufklärern aller Fraktionen, die sich in Untersuchungsausschüssen im Bundestag wie in mehreren Landtagen und allen, die sich in den Medien und im NSU-Prozess der Aufklärung gestellt haben, gilt unser großer Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben gegen Behörden angekämpft, die schwiegen, manchmal logen und Akten schredderten. Parteiübergreifend war sich der Bundestag einig, dass den Behörden umfassendes, teils unerklärliches Versagen, institutioneller Rassismus und mangelnde Aufklärung vorzuwerfen ist. Inzwischen gehen die Beteiligten von

der LINKEN bis CDU im Bundestag sogar noch weiter. CDU-Obmann Clemens Binninger, ein kluger und integrier NSU-Aufklärer, hat schon letzten Dezember in der „Tagesschau“ gesagt: Die Tatsache, die Behörden hätten nicht aktiv am NSU-Desaster mitgewirkt, steht infrage. – Von den LINKEN bis zur CDU will man den vielen neuen Erkenntnissen über die staatlichen Verstrickungen, V-Leute und braune Strukturen nachgehen, meldeten vor wenigen Tagen die Medien.

Berlin – das sagen übrigens alle Beteiligten – konnte bei Weitem nicht alles aufklären, auch weil die Länder mauern. Man diskutiert sogar über einen neuen Ausschuss. Und Hessen? Obwohl der erste und der letzte rassistische NSU-Mord Hessen betraf, obwohl es, wie in keinem anderen Bundesland, zu krassen Ermittlungsspannen, zu massiven Vorwürfen vor allem gegen den Verfassungsschutz und zu einer teilweisen Einmischung der höchsten Politik kam, schweigt der Landtag bis heute. Man könnte fast meinen, er schweigt gerade deshalb, weil es so viel aufzuklären gäbe.



Dabei hat der Landtag im Jahr 2011 Folgendes einstimmig beschlossen – ich darf zitieren –: Der Landtag fordert eine rasche, vollständige und rückhaltlose Aufklärung der durch die Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ begangenen Straftaten und aller sie begleitenden Umstände. Wie gesagt: Das wurde einstimmig beschlossen. Das Gegenteil ist seitdem passiert. Die damalige Opposition aus SPD, GRÜNEN und LINKEN hat zwar viele Fragen gestellt, aber die Regierung aus CDU und FDP hat rundum gemauert. Abg. Greilich sagte für die SPD im September 2012

(Holger Bellino (CDU): Er ist FDP!) – Entschuldigung, er sagte das für die FDP, um Gottes Willen. – Er sagte für die FDP im September 2012 – das ist ein Zitat –: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat es auch keine erkennbaren Versäumnisse bei der Verfolgung der Taten der NSU-Mörder gegeben. Mehr hatte die sogenannte Rechtsstaatspartei nicht beizutragen.

Herr Staatssekretär Koch von der CDU bestritt sogar

öffentlich das, was in Berlin von der hessischen Polizei ausgesagt wurde und in allen Zeitungen stand. Herr Abg. Frömmrich von den GRÜNEN fasste das Verhalten der Regierung am 23. August 2012 so zusammen – ich darf zitieren –: Herr Staatssekretär, ich bin entsetzt über das, was Sie hier vorgetragen haben. ... Aber da muss ich wirklich emotional an mich halten; ... Alles wegleugnen, tun, als sei nichts passiert. „Wir haben alle keine Fehler gemacht; es ist alles gut gelaufen; das ist alles anderswo passiert.“ ... Das ist es, was einen an dieser Frage so entsetzt. Das war die Aufklärung des Landtags bis heute.

Je mehr und je massiver Vorwürfe in Berlin und in München geäußert wurden und weiterhin geäußert werden, desto größer ist das Schweigen in Hessen. Herr Abg. Bellino erklärte für die hessische CDU vor wenigen Tagen sogar, weitere Aufklärung sei den Familien der Opfer nicht zuzumuten. Dass es gerade die Angehörigen der Opfer sind, die einen Untersuchungsausschuss verlangen, hat er einfach ignoriert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Holger Bellino (CDU): Sie sollten einmal die ganze Meldung vorlesen!)

Heute sage ich erneut: Wir wollen wissen, warum ein Verfassungsschützer am Tatort war und warum er die Polizei, seine Kollegen und die Ausschüsse immer wieder belogen hat. Wir wollen wissen, was seine Rolle wirklich war und warum seine V-Leute bis heute nicht aussagen dürfen.

Herr Bellino, niemand glaubt Andreas T. Wir wollen wissen, ob der Vorwurf der Polizei, der hessische Verfassungsschutz habe Tatverdächtige einer bundesweiten Mordserie unterstützt, zutrifft. Wir wollen wissen, warum man, statt den Hinweisen auf rechte Täter nachzugehen – die gab es damals –, die Opfer lange kriminalisiert und die Familien über Jahre belastet hat.

Wir wollen auch wissen, warum der damalige Innenminister, aber kein anderer Innenminister in die Ermittlung eingegriffen hat. Wir wollen wissen, wieso die Aussage des Herrn Bouffier im Jahr 2006 im Innenausschuss und im Jahr 2012 im Untersuchungsausschuss des Bundestages nicht zusammenpassen.

Ich denke, es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die massiven Vorwürfe und Widersprüche, die in Berlin und München erhoben und dort nicht geklärt wurden, endlich öffentlich zu behandeln. DIE LINKE hat seit Langem einen Untersuchungsausschuss gefordert. Denn nicht interne Regierungskommissionen, nicht geheim tagende Gremien, sondern der Landtag ist das Organ zur Aufklärung des Regierungsversagens.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das verfassungsgemäße Instrument ist der Untersu-

chungsausschuss. Wir haben bereits im Februar 2014 alle Fraktionen zu einem Gespräch über die gemeinsame Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aufgefordert. Schwarz und Grün haben nicht einmal geantwortet.

Wir haben vor gut einer Woche allen Abgeordneten den Vorschlag für einen Einsetzungsantrag zugeschiedt. Ich bin sehr froh, dass nun auch die hessische SPD einen Untersuchungsausschuss einsetzen will. Es ist uns LINKEN nicht wichtig, wer den Antrag stellt, aber es ist uns wichtig, dass er endlich gestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Einladung der SPD-Fraktion gefolgt und haben uns auf die Ergänzung eines wichtigen Passus in ihrem Antrag verständigt. Die Ziffer II stammt aus dem einstimmigen Einsetzungsauftrag des Bundestages und beinhaltet, neben einem Untersuchungsergebnis auch weitere Vorschläge zu erarbeiten. DIE LINKE zieht deshalb ihren eigenen – wie ich finde: sehr guten – Antrag zurück.

Präsident Norbert Kartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. Hermann Schaus [DIE LINKE]: Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. –

Denn das ist im Sinne der Sache das richtige Signal. Es wäre gut, wenn sich weitere anschließen würden. Unser Ziel war, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu erreichen. Nach über zwei Jahren ist das erreicht. Für den Landtag, für die Wahrheit und für die Aufklärung ist das ein guter Tag. Fangen wir an.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

\*\*\*

### **Rede von Jan Schalauske**

*zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Swiss Leaks“, „Lux Leaks“, „Panama Papers“, „Paradise Papers“ – Steuer-ehrlichkeit und Steuergerechtigkeit herstellen“ am 23. November 2017*

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher! Ich möchte meine Rede zunächst mit einem ganz großen Dank beginnen, einem Dank an die Journalistinnen und Journalisten, die zum Teil unter Einsatz ihres Lebens immer und immer wieder Steuerhinterziehung und üble Machenschaften um legale Steuertricks ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Ihnen sind wir zu Dank verpflichtet.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen das tun, weil Finanzminister versagen

oder Politiker Gesetze machen, die Steuerflucht ermöglichen. Die Liste der Skandale ist lang: Offshore Leaks, Luxemburg Leaks, Swiss Leaks, Panama Papers, Bahama Leaks, Paradise Papers. Wenn solche Vorgänge an das Tageslicht kommen, ist die Empörung jedes Mal groß. Dann werden Reden gegen Steuer-  
vermeidung gehalten. Es werden Anträge gestellt und beschlossen. Aber am Ende passiert nichts, und alles läuft weiter wie bisher.

Schätzungsweise über 17 Milliarden € entgehen Deutschland jedes Jahr durch legale Steuertricks von Superreichen und Konzernen. Nehmen wir die illegale Steuerhinterziehung hinzu, verlieren wir in der Europäischen Union Hunderte Milliarden € jährlich, viel davon hier in Deutschland. Welche Auswirkungen das auf die Reichtumsverteilung in dieser Welt hat, zeigt eine ganz beeindruckende Zahl. Mittlerweile besitzen etwa acht Personen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Die Hälfte der Weltbevölkerung sind 3,6 Milliarden Menschen. In Deutschland verfügen die reichsten Zehn über zwei Drittel des privaten Nettovermögens. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt nichts oder hat Schulden. Deswegen fordert selbst der Internationale Währungsfonds – das ist eine des linken Einflusses unverdächtige Organisation –, in Deutschland endlich die Vermögensteuer einzuführen.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE) und Gerald Kummer (SPD))



Welche Auswirkungen hat diese massive Konzentration des Reichtums in den Händen weniger? Jetzt muss die rechte Seite des Hauses einmal kurz schaudern. Darauf hat der bekannte US-Senator Bernie Sanders, ein bekennender demokratischer Sozialist, hingewiesen. Er hat davor gewarnt, dass uns angesichts dieser massiven Konzentration des Reichtums droht, unter die Kontrolle eine Oligarchie von Milliardären zu geraten. Das werden wir an dieser Stelle nicht ausführlich tun können. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, auch einmal über die Parteispenden zu reden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, aus Aserbaidschan!)

Wir haben in Hessen dazu eine spezielle Tradition. Parteispenden bergen immer die Gefahr, dass Demokratie und politische Entscheidungsprozesse käuflich werden.

(Zuruf des Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Dr. h.c. Hahn, das heißt, beim Thema Steuergerechtigkeit geht es daher auch um die Frage des Einflusses auf die politische Entwicklung und den Einfluss auf die Demokratie. Heute Vormittag haben wir lange darüber diskutiert, dass hinsichtlich der Jamaikakoalition sehr lange Sondierungsgespräche geführt wurden. Das geschah sehr lange. Das haben wir heute Morgen sehr strittig diskutiert. Aber in einem waren sich die Jamaikaparteien doch sofort einig: Es soll keine Vermögensteuer für Millionäre und keine vernünftige Erbschaftsteuer geben. Genau das ist es, was die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen eint. Sie wollen doch gar kein gerechtes Steuersystem. Sie meinen es mit dem Kampf gegen aggressive Steuervermeidungsmodelle nicht ernst.

(Holger Bellino (CDU): Träumen Sie einmal weiter!)

Ich will Ihnen auch erklären, warum das so ist. Das Land Hessen ist nicht einmal in der Lage, seinen Einfluss auf Unternehmen, an denen es selbst wesentlich beteiligt ist, geltend zu machen. Es bringt diese Unternehmen nicht dazu, endlich damit aufzuhören, in Steueroasen Tochtergesellschaften zur Steuervermeidung zu betreiben. Wenn Sie damit nicht endlich aufhören, dann ist Ihr Engagement für mehr Steuergerechtigkeit letztlich nicht mehr als eine hohle Phrase.

(Beifall der Abg. Janine Wissler und Marjana Schott (DIE LINKE))

Wie soll denn eine Landesregierung im Kampf gegen Steuervermeidung und Steuergerechtigkeit glaubwürdig sein, wenn sie es duldet, dass die Gesellschaft Fraport, an der das Land wesentlich beteiligt ist, eine Briefkastenfirma auf Malta unterhält? Wenn Sie es ernst mit dem Kampf gegen Steuervermeidung meinen, dann sorgen Sie dafür, dass dieser Briefkasten endlich dichtgemacht wird.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE), Gerald Kummer (SPD) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Die Landesregierung ist im Aufsichtsrat vertreten. Herr Kaufmann hätte die Möglichkeit, gegen diese Praxis zu intervenieren. Er scheint das nicht zu tun. Deswegen ist Ihr Engagement nicht glaubwürdig. Wenn Ihnen der Kampf für Steuergerechtigkeit so wichtig wäre, dann hätten Sie hier im Landtag das eine oder das andere Mal die Gelegenheit gehabt, deutlich zu machen, dass die Entziehung der Gemeinnützigkeit

von Attac nicht zu tolerieren ist. Denn die globalisierungskritische Organisation Attac hat mit ihrem gesellschaftlichen Engagement sehr viel mehr zum Thema Steuergerechtigkeit beigetragen als so mancher Finanzminister in Hessen und auch anderswo.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Während Herr Kaufmann an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Fraport teilnimmt, der Öffentlichkeit auch nicht viel mitzuteilen hat, was da denn so passiert, bröckelt es in der öffentlichen Infrastruktur an allen Ecken und Enden. Das haben wir hier auch schon an der einen oder anderen Stelle diskutiert. Wir haben einen Investitionsstau bzw. eine Investitionslücke, die bundesweit 100 Milliarden € beträgt.

Dabei geht es um Universitäten, Krankenhäuser, Brücken und bezahlbaren Wohnraum. Die Zahlen für Hessen haben wir hier auch schon einmal angesprochen. Leider können wir sie nicht genau ermitteln, weil Sie in Hessen keinen Investitionsbedarf vorsehen wollen. Das Geld, das durch Steuervermeidung am Fiskus vorbeitransportiert wird, fehlt uns in Hessen für Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur. Sie wird aber wiederum von Konzernen wie Fraport genauso wie von den Arbeitskräften genutzt, die hier ihrer Arbeit nachgehen. Diese Konzerne drücken ihre Steuern, wie sie nur können. Das betrifft z. B. Apple, Amazon oder Staatsfirmen wie die schwarz-grüne Fraport. Sie verschieben Gewinne über künstlich geschaffene Zinsen oder Lizenzgebühren zu Briefkastenfirmen in Steueroasen. Die sind nicht irgendwo außerhalb Europas, sondern die befinden sich in den Niederlanden, in Irland und Malta. Dort müssen kritische Journalisten bei der Aufdeckung solcher Skandale ihre Arbeit mit dem Leben bezahlen.

Es ist nichts anderes als ein Skandal, dass jeder Otto Normalverbraucher und jede Otto Normalverbraucherin, jede Verkäuferin und jeder Krankenpfleger seine Steuern zahlen müssen, während die großen Konzerne alles dafür tun können, ihre Steuerlast zu drücken. Wenn ein Hartz-IV-Empfänger einen Termin versäumt, dann drohen ihm Sanktionen und existenzielle Leistungskürzungen. Bei Reichen und Unternehmen hingegen schauen wir zu, wie sie sich durch aufwendigste Konstruktionen ihrer Steuerpflicht entziehen. Das bleibt ein großer Skandal.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

In Ihrem Entschließungsantrag betonen Sie – Frau Erfurth hat das auch getan –, wie wichtig die internationale Kooperation im Kampf gegen die Steuervermeidung sei. Das ist zweifelsohne richtig. Ich habe

aber den Eindruck, dass Sie sich dahinter verstecken wollen. Denn Sie geben damit vor, dass wir hier in Deutschland und in Hessen kaum etwas tun könnten.

Gerade in Deutschland könnten wir anfangen, indem wir uns nicht mehr hinter anderen verstecken, sondern indem wir unsere eigenen Hausaufgaben machen, z. B. indem wir Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen erheben.

Es bedarf eines Transparenzregisters und eines weitgehenden Verbotes von Geschäften in Steueroasen. Wie gesagt, wir brauchen auch die Erhebung von Strafsteuern auf Finanzflüsse in die Steueroasen. Wir müssen die Konzerne dazu zwingen, für jedes Land, in dem sie aktiv sind, Gewinne und Steuern getrennt auszuweisen, und zwar öffentlich.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Es ist schön, dass die Landesregierung die Notwendigkeit nationaler und internationaler Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung anerkennt. Anstatt sich hinter diesen nationalen und internationalen Maßnahmen zu verstecken, wäre es schön, wenn Sie Ihre eigenen Hausaufgaben machen und dafür sorgen würden, dass die Unternehmen, an denen das Land Hessen beteiligt ist, aufhören, Steuervermeidungsstrategien zum Schaden der Allgemeinheit zu betreiben.

Wenn man sich das Marketing für Ihre Offensive in der Steuerpolitik so anschaut – Marketing kann die Hessische Landesregierung gut –, dann hat man den Eindruck, dass zumindest bei einem Teil der die Landesregierung tragenden Parteien vielleicht auch ein bisschen schlechtes Gewissen dahintersteht.

Denn da gab es etwas in der Vergangenheit. Daran erinnern sich vielleicht nicht mehr alle. Aber es gab einmal ein dunkles Kapitel mit völlig zu Unrecht zwangspsychiatrisierten Steuerfahndern.

Ich kann verstehen, dass Sie dieses Image loswerden wollen. Das ist für das Land Hessen kein schönes. Blöd dabei ist nur, dass Sie ausgerechnet demjenigen, der das mitzuverantworten hat, die Wilhelm-Leuschner-Medaille verleihen wollen. Aber auch darüber haben wir schon gesprochen.

(Beifall der Abg. Janine Wissler und Marjana Schott (DIE LINKE), bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Sie rühmen sich, jetzt endlich Betriebsprüfer und Anwarter für Steuerprüfer einzustellen. Dafür sollen wir noch einmal extra klatschen. Es ist eine Notwendigkeit, dass wir genügend Betriebsprüfer und genügend Anwarter für Steuerprüfer haben. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein und kein Grund, sich selbst

zu beweihräuchern. Wir haben in den letzten Jahren verzweifelt gefordert, dass Sie da mehr tätig werden müssen. Ich fasse jetzt zusammen. Allein, mir fehlt der Glaube, dass sich die Landesregierung auch nur für einen kleinen Fortschritt im Steuerrecht ernsthaft einsetzen wird. Das gilt, obwohl Sie immer wieder erklären, dass Sie bei den sogenannten Share Deals – Frau Erfurth hat das angesprochen – etwas gegen die Trickereien bei der Grunderwerbsteuer tun wollen. Solange Sie nicht einmal bei Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, zur Einsicht bereit sind, dass nicht alles, was legal ist, auch legitim und moralisch richtig ist, bleiben Sie schlichtweg unglaubwürdig.

(Beifall der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Steuerhinterziehung und Steuervermeidung schaden allen, die auf eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. Appelle und Sonntagsreden reichen nicht aus. Wer Steuergerechtigkeit durchsetzen will, der muss sich mit den Reichen und Mächtigen in diesem Land anlegen. Dazu ist die Landesregierung bis auf Weiteres wohl nicht bereit.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Marjana Schott (DIE LINKE) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

\*\*\*

### Rede von Marjana Schott

*zur Aktuellen Stunde der Grünen mit dem Titel „Umwelt-Enzyklika von Papst Franziskus weist den Weg auch für Hessen“ am 25. Juni 2015*

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Für Kapitalismusgläubige rund um den Globus geht ein Gespenst im Papstgewand um. Franziskus spricht klare Worte. Der globalisierte Kapitalismus steckt in der Krise. Eine allein profitorientierte Marktwirtschaft bringt neben Wachstum mehr Gewalt und Kriege, mehr soziale Ungleichheit, mehr Umweltzerstörung und verstärkten Klimawandel.

Er sagt: „Die menschliche Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam, und wir werden die Umweltzerstörung nicht sachgemäß angehen können, wenn wir nicht auf Ursachen achten, die mit dem Niedergang auf menschlicher und sozialer Ebene zusammenhängen.“

Weiter betont er, „dass die schwersten Auswirkungen all dieser Umweltverletzungen von den Ärmsten erlitten werden“.

Die Verbindung der sozialen mit der ökologischen Frage – ein großes Defizit grüner Politik – gelingt dem

Papst ausgesprochen gut. Er sagt:

„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozioökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen ... und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Lösung der Krise wendet sich Franziskus explizit gegen marktbasierende neoliberale Konzepte, wie den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, dessen weltweite Einführung Bundeskanzlerin Merkel forderte. Der Markt ist ökologisch blind und sozial rücksichtslos, so lautet ein Standard der Kapitalismuskritik. Franziskus formuliert das so: „In manchen Kreisen meint man, dass die jetzige Wirtschaft und die Technologie alle Umweltprobleme lösen werden, ebenso wie man ... behauptet, dass die Probleme des Hungers und das Elend in der Welt sich einfach mit dem Wachstum des Marktes lösen werden.“



Es gibt keinen Green New Deal, nicht mehr Markt oder mehr Technik werden den Klimawandel, Hunger und Armut beseitigen. Das kann nur mit politischen Eingriffen gelingen.

Franziskus weiß, wovon er spricht. Er hat die Folgen neoliberaler Schocktherapie, wie sie heute die Grie-

chen über sich ergehen lassen müssen, als Seelsorger in den Armenvierteln seiner argentinischen Heimat in den Neunzigerjahren selbst miterlebt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Er kritisiert: Daher bleibt heute „alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden“. Das sind die Worte von Franziskus. Da steckt mehr Kapitalismuskritik drinnen als in den Wahlprogrammen der hessischen GRÜNEN in den letzten zehn Jahren zusammen.

(Timon Gremmels (SPD): Ich hätte jetzt gesagt: der LINKEN!)

– Ja, vielleicht auch bei uns.

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Franziskus könnte auch den Weg für Hessen weisen. Weder die GRÜNEN noch die Christlich-Demokratische Union interessieren sich in Wahrheit einen Pfifferling für das, was der Papst ihnen zu sagen hat. Zu Recht fordert Franziskus:

„Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, ...“

Das hätte die grüne Umweltministerin Priska Hinz am Verhandlungstisch mit Kali + Salz berücksichtigen sollen, um den DAX-Konzern auf eine nachhaltige Kaliförderung zu verpflichten.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stattdessen verhilft sie ihm zu Extraprofiten. Über Bundeswirtschaftsminister Gabriel will ich an dieser Stelle ganz schweigen.

(Zuruf: Bauen Sie doch den Poststreik noch mit ein!)

Als hätte Franziskus auch nach Frankfurt geschaut, schreibt er: Unter anderem werden „ökologische“ Wohnanlagen geschaffen, die nur einigen wenigen dienen, wo man zu vermeiden sucht, dass andere eintreten und die künstliche Ruhe stören. Eine schöne Stadt voller gut gepflegter Grünflächen findet man gewöhnlich in einigen „sicheren“ Gebieten, jedoch kaum in weniger sichtbaren Zonen, wo die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen leben. Das wendet sich explizit gegen grüne Mittelstandökonomie.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Passivhäuser mit Breitbandanschluss für die, die es sich leisten können. Die sozial Abgehängten bleiben in Offenbach. Das ist grüne Metropolenpolitik. Anstelle hier mit Bezug auf die Umwelt-Enzyklika Weih-

rauch zu verströmen, sollten sich die GRÜNEN die Haltung von Franziskus zu eigen machen. Sie ist sozial, ökologisch und technik- und kapitalismuskritisch.

Was setzt der grüne Wirtschaftsminister den Wachstumsansprüchen der Fraport entgegen? Wo sind die schwarz-grünen Initiativen zur Postwachstumspolitik? – Die GRÜNEN haben keine Plan B. Sie haben kein Konzept für eine solidarische Postwachstumspolitik. Aber sie finden den Papst toll, weil er von Ökologie redet. Das ist doch ihr Thema.

(Beifall bei der LINKEN)

Grüne Umweltpolitik ist aber im Kern neoliberal. Als Neoliberale – –

(Unruhe – Manfred Pentz (CDU): Ich verstehe Sie überhaupt nicht mehr! – Glockenzeichen der Präsidentin)

– Ja, Sie schreien so laut. – Marktapologeten werden sich an der Umwelt-Enzyklika des Papstes wie der Teufel am Weihwasser die Finger verbrennen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der SPD: Ui!)

Ohne Wachstum des Frankfurter Flughafens geht in Hessen die Welt unter, hören wir seit Jahren von Mitgliedern der CDU. Jetzt sagt der Papst, dass die Welt wirklich untergeht, wenn wir so weitermachen. Die hessischen Regierungsparteien betreiben mit der Umwelt-Enzyklika Green-

washing. Um im Genre zu bleiben, sage ich: Das ist Blasphemie.

Die Regierungsparteien haben Glück, denn die Inquisition ist abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Ei, ei, ei!)

\*\*\*

## Rede von Ulrich Wilken

*zum Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE: „Verarmungspolitik in Europa beenden – Gewalt keinen Platz geben“ am 24. März 2015*

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einer hoffentlich vollkommen unmissverständlichen Bemerkung beginnen: Nein, das war keine Politik, die wir am Morgen des 18. März erlebt haben, das war pure Gewalt. Das war menschenverachtend. Ich war entsetzt über das, was ich selbst erlebt habe, bzw. über das, was ich auf Bildern gesehen habe. Genau das habe ich bereits am Mittwoch



auf der Pressekonferenz um 13 Uhr gesagt. Ich weiß nicht, warum das missverständlich ist. Die Gewalt, die in den frühen Morgenstunden von wenigen Hunderten ausgegangen ist,

(Alexander Bauer (CDU): Fast 4.000!)

ist in keinster Weise zu rechtfertigen, wird es von mir nicht und wurde es von mir auch nie. Ich bin entsetzt über die Gewalt und die Tatsache, dass Feuerwehrleute, Polizisten, alle Menschen im Ostend in Gefahr gebracht, attackiert und Menschen verletzt worden sind.

(Alexander Bauer (CDU): Verurteilen Sie das auch?)

Jede, jeder Verletzte ist eine, einer zu viel, egal auf welcher Seite. Unsere Anteilnahme gilt allen Verletzten.

(Beifall bei der LINKEN – Alexander Bauer (CDU): Das ist Scheinheiligkeit!)

– Ich finde es schade, dass nur meine Fraktion diesen Satz beklatschen kann.

(Widerspruch bei der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte aber auch zur Kenntnis, dass genau diese Irren, die da am frühen Mittwochmorgen durch das Ostend vandaliert sind, eben nicht Blockupy waren, dass das nicht von Blockupy organisiert war, dass es nicht von mir organisiert war und nicht von meiner Partei.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Bitte nehmen Sie das doch auch einmal zur Kenntnis. Es haben schon einige gesagt, welche negativen Auswirkungen – außer den Verletzungen, die die Gewalttaten hervorgerufen haben, als Überschattung des ganzen Inhalts des Tages – es auch gegeben hat. Überlegen Sie doch einmal: Warum sollten wir selbst so etwas planen – unabhängig davon, meine Distanzierung ist vollkommen unabhängig von strategischen Überlegungen –, was uns selbst schadet? Denken Sie doch darüber einfach einmal nach.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich habe es in den letzten Tagen schon mehrfach gehört, und jetzt gerade wieder, von Herrn Wagner. Es ist doch eine vollkommen maßlose Überschätzung meiner Person und meines Einflusses: Ich hätte verhindern können, was da an Gewalttätigkeiten passiert ist und was 10.000 schwerbewaffnete Polizisten nicht verhindern können?

Tut mir leid, da überschätzen Sie mich nun einmal wirklich hoffnungslos.

(Alexander Bauer (CDU): Sie haben es nicht einmal probiert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch jetzt eine völlige Verdrehung der Tatsachen: Weil ich als Anmelder die Kundgebung ab 14 Uhr auf dem Römerberg und die anschließende Demonstration durch die Innenstadt zu verantworten habe, fordern Sie jetzt meinen Rücktritt als Vizepräsident dieses Hauses. Ich zitiere aus dem Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diesen Tagesordnungspunkt: Der Hessische Landtag würdigt diese friedlichen Ausdrucksformen als einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über den weiteren Umgang mit der Krise. Diese friedlichen Demonstrationen und Proteste gilt es auch in Zukunft zu ermöglichen.



(Lachen des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ja. Aber warum kritisieren Sie dann den Anmelder und Durchführer genau dieser friedlichen Proteste?

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Frau Faeser hat für die SPD an dieser Stelle eben gesagt: Wir achten die Demonstranten.

(Nancy Faeser (SPD): Die friedlichen!)

Und Sie schlachten den Anmelder? Frau Faeser, das ist unglaublich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind Sie auch noch das Opfer?)

Meine Damen und Herren, wenn wir seitens des

Innenministers kritisiert werden, wir hätten im Vorfeld der Demonstration nicht genügend kooperiert – Herr Innenminister, so sind Sie falsch informiert. Unmittelbar nach der Anmeldung von Kundgebung und Demonstration haben wir das Ordnungsamt darauf gedrängt, ein Kooperationsgespräch zu bekommen. Das hat ein paar Tage gedauert, aber am 28. Januar hat das Ordnungsamt erstmals zu einem Kooperationsgespräch eingeladen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht früher!)

Wir hätten es lieber früher gehabt. Es hat aber seit dem 28.01. mehrere Kooperationsgespräche gegeben, bis hin zum letzten Gespräch, kurz vor dem Start der Demonstration. Ein Zeichen dafür, wie gut die Kooperation bei der Anmeldung und Durchführung der friedlichen Demonstration war: Der Abschnittsleiter hat mir als Anmelder kurz vor dem Start der Demonstration noch einmal gesagt, dass die Polizei unter den Demonstranten sehr wohl Menschen identifiziert hat, die sie auch am Vormittag gesehen hatte, und hat mich darauf hingewiesen, dass die Demonstration sofort angehalten werde, falls es zu Gewalttaten komme. Ich habe ihm geantwortet, dass ich alles in meiner Kraft Stehende tun werde, dass es eben nicht zu Gewalttaten kommt. Das haben wir seitens der Demonstrierenden, seitens der Anmelder und seitens unserer Ordnerinnen und Ordner geschafft. Bitte nehmen Sie auch das zur Kenntnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich bin mit Ihnen vollkommen einer Meinung,

(Michael Boddenberg (CDU): Das halte ich für ausgeschlossen!)

dass das, was von wenigen Hunderten am Vormittag gemacht wurde, ohne jeden Zweifel Straftaten waren – Straftaten gegen Sachen und, noch viel schlimmer, Attacken, Angriffe auf Personen. Diese Straftaten gehören verfolgt. Da sind wir vollkommen einer Meinung. Sie unterstellen aber uns als Partei – oder mir als Person –, dass wir diese Straftaten vorbereitet hätten. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Frankfurter Polizeipräsident hat im hessischen Fernsehen behauptet, dass in unserem „Parteibüro“ in der Schönstraße Straftaten vorbereitet worden seien. Ich hoffe, dass der Polizeipräsident, nachdem er die Ermittlungen in aller Akkuratess durchgeföhrt hat, eine ein wenig genauere Aussage treffen wird. Es ist nämlich kein „Parteibüro“ von uns, das er als solches bezeichnet hat,

(Holger Bellino (CDU): Sondern?)

sondern in diesem Büro arbeiten unterschiedliche Aktivistinnen und Aktivisten aus den Stadtteilen zusammen.

(Michael Boddenberg (CDU): Und Sie auch! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Es ist aber kein Parteibüro!)

Dazu gehören auch Mitglieder der LINKEN – das ist korrekt –, aber ich hoffe, dass die Frankfurter Polizei bei der Straftatermittlung sehr korrekt arbeitet und solche kleinen Fehler nicht mehr begeht.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle sollten uns darüber einig sein, welche Bedeutung es hat, wenn Blockupy es schafft, am Nachmittag eines Werktages über 20.000 Menschen zu einem friedlichen antikapitalistischen Protest zusammenzubringen – selbst unter dem Eindruck der Geschehnisse, der Straftaten, der sinnlosen Gewalt am Vormittag. Es ist einfach Fakt, dass die Politik, gegen die Blockupy demonstriert und Widerstand organisiert, Wut und Empörung auslöst. Dies abzustellen kann nur durch eine Veränderung der Politik gelingen. Da Sie mir vielleicht nicht glauben, möchte ich an dieser Stelle den Frankfurter CDU-Stadtverordneten Stephan Siegler zitieren, der im hessischen Fernsehen Folgendes gesagt hat: Wenn man sieht, wie die Menschen in Spanien und Italien leben, da haben viele die Hoffnung auf politische Lösungen verloren: 50 % Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, eine noch höhere in Griechenland, in Griechenland im Grunde genommen keiner mehr, der normal Geld verdient, eine Wirtschaft, die de facto zusammengebrochen ist. Da suchen sich gerade junge Leute dann schon diejenigen, die Verbesserungen und Veränderungen versprechen, weil ja die etablierte Politik eben zu den Lebensverhältnissen geföhrt hat, in denen sie zurzeit leben. Ich gebe Herrn Siegler ausdrücklich recht.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Frankfurter, der Kulturschaffende Willy Praml, sagt – ich zitiere aus der aktuellen Ausgabe des „Spiegel“ –: Ich verstehe die Wut, die viele der Leute gerade aus südeuropäischen Ländern haben. Denen geht es dreckig. Die haben eine enorme Jugendarbeitslosigkeit. Natürlich ist es blödsinnig, Scheiben einzuschmeißen und Autos anzuzünden. Damit haben sich die jungen Leute nur selbst geschadet. Oder vielmehr: Einige wenige haben der großen Mehrheit von ihnen geschadet. Die meisten waren zwar tatsächlich sehr wütend, aber sie wollten ohne Gewalt gegen die in Europa vorherrschende Politik demonstrieren und müssen jetzt erleben, dass fast alle Medien nur über brennende Straßensperren und Krawalle berichten.

Dabei haben die junge Leute etwas zu sagen, wenn man ihnen zuhört.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, was nun als Konsequenz auch aus den durch nichts zu rechtfertigenden Gewalttaten am Morgen des 18. März droht, sind Verschärfungen und Beschränkungen des Demonstrationsrechts. Ich erinnere daran: Wir haben friedliche Blockaden als Demonstrationsmittel durchgesetzt – z. B. in Mutlangen, wo wir unter anderem mit Heinrich Böll demonstriert haben. Vielleicht war auch der eine oder andere von Ihnen dabei. Davon ist im Moment keine Rede mehr, sondern Ihre Argumentation ist jetzt, Blockade sei ein Aufruf zur Gewalt. Meine Damen und Herren, jetzt wird vorgeschlagen, verschärfte Grenzkontrollen wieder einzuführen. Damit droht eine Einschränkung unseres Grundrechts auf Freizügigkeit. Und es droht eine weitere Aufrüstung der Polizei, wie wir letzte Woche hören durften.

(Michael Boddenberg (CDU): Es geht schon wieder los! Das ist es, was Sie immer wieder machen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, was hat denn der eine oder andere CDU-Vertreter für ein Verständnis des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, wenn jetzt gefordert wird, dass der Anmelder einer Demonstration – regional und zeitlich weit von Gewalttaten entfernt – für Schäden haftbar gemacht werden soll?

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn sich das durchsetzt: Wie weit wollen Sie das ausdehnen? Soll das auch für die Nachbarstadt gelten? Soll das für die ganze Woche gelten?

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie für ein Verständnis von diesem Grundrecht, wenn die Haftbarkeit eines Demonstrationsanmelders für Vorgänge hergestellt werden soll, die nicht auf seiner Veranstaltung passieren, sondern zeitlich und räumlich entfernt geschehen? Das wäre eine vollkommen unzulässige Einschränkung des Demonstrationsrechts. Wer sollte sich dann überhaupt noch finden, als Anmelder zu fungieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mich letzte Woche dafür eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun, dass friedlicher Protest und Widerstand organisiert werden, weil nur ein Politikwechsel – das ist das Ziel von Blockupy – Verelendung und damit Wut und Empörung darüber beenden kann. Ich will dazu Heribert Prantl aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren: Natür-

lich darf man zornig sein, wenn die Aktienmärkte bersten, die EZB aber immer mehr Geld samt Sparauflagen in die Welt schüttet. Natürlich darf man zornig darüber sein, dass die unglaublich niedrigen Zinsen nur zu Spekulationen führen und nicht zu Investitionen. Natürlich darf man fordern, dass die Staaten Europas das billige Geld vom Kapitalmarkt nehmen und damit ein gewaltiges Konjunkturprogramm finanzieren, eines, das sich gewaschen hat; das Europa reinigt von Defätismus ... Meine sehr verehrten Damen und Herren, Blockupy hat Schaden genommen.

(Lachen bei der CDU)

Die Menschen, die von Menschen verletzt worden sind, die nicht zu Blockupy gehören, die nicht zu meiner Partei gehören, haben noch viel mehr Schaden genommen. Das tut mir entsetzlich leid. Aber differenzieren Sie bitte zwischen den Gewalttätern, auf die ich keinen Einfluss habe und hatte, und den – –

(Alexander Bauer (CDU): Sie sollten das einmal verurteilen!)

– Ich habe eindeutig verurteilt, was dort geschehen ist. Das ist nicht meine Politik.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das hat er doch gesagt! – Janine Wissler (DIE LINKE): Wie oft soll er es denn noch sagen? – Zurufe von der CDU)

Ich möchte mit dem Wunsch schließen, dass wir uns weiterhin dafür einsetzen, das zu ermöglichen, für das ich am Mittwoch, dem 18. März 2015, nachmittags, als Anmelder stand: friedlich, gewaltfrei und unter offenem Himmel. Setzen Sie sich mit mir zusammen dafür ein. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)



**Antrag  
der Fraktion der CDU  
betreffend eine Aktuelle Stunde**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor revolutionären Zielen der Linkspartei!

Wiesbaden, 25. August 2008

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

"Die SPD ist für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich" - der weiteren Geschichtsverfälschung durch die Linke Einhalt gebieten!

Wiesbaden, 22. September 2008

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Rot-rot-grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland - soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen!

Wiesbaden, 14. September 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

US-Armee in Wiesbaden willkommen - gegen "kalte Krieger" von der Links-Partei.

Wiesbaden, 22. August 2011

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Nach Gabriels Koalitionsabsage an "DIE LINKE" - wo steht Schäfer-Gümbel?

Wiesbaden, 30. Januar 2012

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

"Zusammenarbeit mit den LINKEN: was gilt, Steinbrück oder Schäfer-Gümbel?"

Wiesbaden, 10. Dezember 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

# NSU-Aufklärung

Ein zentrales Thema für die hessische Linksfraktion war stets der Kampf gegen neue und alte Nazis. Bereits kurz nach dem Landtageinzug sorgte DIE LINKE dafür, dass der Hessische Landtag sich erstmals mit der NS-Vergangenheit seiner früheren Abgeordneten auseinandersetzte.

In der 19. Legislaturperiode ab 2014 wurde maßgeblich von Seiten der LINKEN ein Untersuchungsausschuss initiiert, der das Verhalten der Landesbehörden in die Umstände und die Aufklärung des Kasseler NSU-Mordes aufklären soll. Dort wurde 2006 Halit Yozgat ermordet, während ein V-Mann des hessischen Verfassungsschutzes am Tatort war.

Ungewöhnlich war, dass der Untersuchungsausschuss nicht einstimmig, sondern nur mit den Stimmen der LINKEN und der SPD eingesetzt wurde. Leider zog sich

die nicht immer um Erkenntnisgewinn bemühte Arbeit der Koalitions-Fraktionen aus CDU und Grünen auch im Ausschuss oft fort.

Im Laufe der unzähligen Sitzungen hat sich immer wieder ein verheerendes Bild der Zustände im hessischen Geheimdienst, aber teilweise auch bei Polizei und Politik gezeigt. Im Sommer 2018 soll ein Abschlussbericht vorliegen, der auch durch ein ausführliches Sondervotum der LINKEN ergänzt werden wird.

Die Linksfraktion hat die Arbeit im Ausschuss immer wieder mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um die Erkenntnisse auch bekannt zu machen. Bereits begleitend zum Beginn der Ausschussarbeit fand beispielsweise eine prominent besetzte Podiumsveranstaltung in Frankfurt statt, um die offenen Fragen einzukreisen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigen sollte.

## **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle zunächst fest, dass, soweit wir es mitbekommen haben, der Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Tagesordnungspunkt 34, zurückgezogen worden ist. Das erspart uns eine Abstimmung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD unter Tagesordnungspunkt 69. Dazu gebe ich ein paar Erläuterungen: Es handelt sich hierbei um einen Antrag auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der unter das Minderheitenrecht fällt, das erfüllt ist, wenn ein Fünftel der Abgeordneten unterschrieben hat. Das ist der Fall.

Wir müssen aber, wie es formal geboten ist, trotzdem über diesen Antrag abstimmen, sodass ich jetzt frage: Wer dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Drucks. 19/445, unter Tagesordnungspunkt 69 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und DIE LINKE. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit stelle ich fest, dass der Untersuchungsausschuss eingesetzt ist durch Beschluss des Landtags, so, wie es der Formalität entspricht.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, jetzt noch nicht zu gehen. Wir haben noch etwas zu tun.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 39:**

*Beschluss zur Einsetzung am 22. Mai 2014. DIE LINKE zog zuvor ihren inhaltsähnlichen Einsetzungsantrag zugunsten des SPD-Antrags zurück.*



## Abgründe des Staatsversagens? Verfassungsschutz und NSU

Einleitende Beiträge von  
**HERMANN SCHAUS** (MdL) und **MARTINA RENNER** (MdB)

Podiumsdiskussion mit  
**ALEXANDER KIENZLE** - Anwalt der Familie Yozgat im NSU-Prozess  
**DIRK LAABS** - Journalist und Autor des Buches „Heimatschutz“  
**PETRA PAU** - MdB und Obfrau im NSU-Ausschuss  
**HANS-CHRISTIAN STRÖBELE** - MdB und Mitglied NSU-Ausschuss  
Moderation: **HANNING VOIGTS** - Frankfurter Rundschau

am **29. September** ab **18 Uhr**  
im **Theater Willy Praml**, Wittelsbacherallee 29, Ffm



# Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Landtages

DIE LINKE hat im Mai 2011 mit ihrer Studie ‚NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter‘ den Nachweis erbracht, dass statt der bisher angenommenen drei Abgeordneten mindestens 75 Abgeordnete Mitglied der NSDAP waren. Das anschließend vom Hessischen Landtag in Auftrag gegebene Forschungsprojekt ‚Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen‘ konnte im Zwischenbericht sogar Hinweise auf die NS-Vergangenheit von mehr als 100 Abgeordneten nachweisen. Darunter auch höchste NS-Funktionäre, die in schlimmsten Verbrechen verwickelt waren, nach dem Krieg aber erneut in höchste Partei- und Regierungsämter aufstiegen.

Die politische Geschichte Hessens muss neu bewertet und teils neu geschrieben werden. Die Studie spricht viele Fragen an, die nun ins Blickfeld geraten und

denen weiter nachgegangen werden muss. So sind weiterhin Fragen nach dem Grad der individuellen Schuld und Verantwortung der betroffenen Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu beantworten. Auch Fragen nach dem Einfluss überzeugter Nazis auf Staat, Politik und Gesellschaft in Hessen nach 1945 müssen offen diskutiert und beantwortet werden. Die Autoren machen zudem deutlich, dass auch eine Aufarbeitung in hessischen Behörden und der Verwaltung sowie bei den kommunalen Gliederungen erfolgen sollte. Und wie von den Autoren ebenso angeregt, sollte auch die Erforschung von Verfolgung und Widerstand ein Untersuchungsgegenstand sein.





# Die „Schuldenbremse“ – der Staat spart sich kaputt

Im Zusammenhang mit der so genannten Schuldenbremse haben deren Befürworter oft davon gesprochen, dass es nicht gerecht sei, den nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg zu überlassen. Dem hält DIE LINKE entgegen: Es ist weder gerecht noch Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik, nachfolgenden Generationen eine marode Infrastruktur zu überlassen.

Die „Schuldenbremse“ kürzt die laufenden Ausgaben für Bildung, Umweltschutz und die Sozialsysteme. Massiver Personalabbau im Öffentlichen Dienst unter dem Druck von Schuldenbremse und Fixierung auf die „Schwarze Null“ im Haushalt destabilisieren das Land.

Sparen auf Kosten der Funktionsfähigkeit des Staates geht nicht. Der Investitionsstau muss dringend abgebaut werden, nicht nur beim Straßenbau. Die „Schwar-

ze Null“ und Schuldenbremse dürfen kein Dogma sein. Stattdessen müssen die Einnahmen durch Steuern auf große Vermögen und große Erbschaften erhöht werden. Beides sind Steuern, die Hessen seine Handlungsfähigkeit zurückgeben würden.

DIE LINKE unterstützte die Kampagne gegen die Schuldenbremse im Vorfeld der Volksabstimmung zur Verfassungsänderung im Jahr 2011 und fordert weiterhin, das pauschale Schuldenverbot rückgängig zu machen, um wieder Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen.

In die Haushaltsberatungen des Landtags bringen wir regelmäßig dutzende Änderungsanträge ein, um Alternativen aufzuzeigen, die sofort umsetzbar wären, wenn der politische Wille da wäre. Diese veröffentlicht die Fraktion auch immer in einer Haushaltsbroschüre.



# Und eine nicht gehaltene Rede ...

*Am 1. Februar 2012 hob der Hessische Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität von Janine Wissler und Willi van Ooyen auf. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelte, weil beide im Jahr 2010 gemeinsam mit 10.000 anderen Menschen einen Nazi-Aufmarsch in Dresden friedlich blockiert haben.*

*Eine persönliche Erklärung von Janine Wissler zu dem Tagesordnungspunkt wurde nicht zugelassen. Das wäre ihr Wortlaut gewesen:*

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ja, ich war am 13. Februar 2010 in Dresden, um gemeinsam mit über 10.000 anderen Menschen einen der größten Naziaufmärsche Europas zu blockieren. Nicht nur Willi van Ooyen und ich waren dort, sondern die gesamte LINKE Fraktion im Hessischen Landtag. Die Blockade, die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen wurde, war erfolgreich. Die Neonazis konnten nicht marschieren.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft will wegen dieser erfolgreichen Blockade, an der sich auch prominente Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien beteiligt haben, ausschließlich gegen die Vorsitzenden der LINKEN Fraktionen aus den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Hessen vorgehen und hat die Aufhebung unserer Immunität beantragt, weil wir die Rädelsführer der Anti-Nazi-Blockade gewesen seien. Deshalb hat sie beantragt, unsere Immunität als Landtagsabgeordnete aufzuheben.

Wir sind zur Vernehmung ins LKA Sachsen vorgeladen worden, Absender war die Abteilung „Politisch motivierte Kriminalität links - Verratsdelikte und Kriegsverbrechen“. Absurder geht es kaum noch. Friedlicher Widerstand gegen neofaschistische Umtriebe ist keine Kriminalität, sondern ist Auftrag aller Demokraten.

Erst vor wenigen Wochen ist eine von Neonazis verübte Mordserie bekannt geworden. Und diese Morde sind keine Einzelfälle. Seit 1990 sind mindestens 182 Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen.

Neonazi-Strukturen bekämpft man meiner Überzeugung nach nicht mit Geheimdiensten, diese erweisen sich als Teil des Problems, nicht der Lösung. Neonazis können nur durch gesellschaftliche Mobilisierung und zivilgesellschaftliches Engagement nachhaltig bekämpft werden. Deshalb ist es so wichtig, sich Nazis überall entgegenzustellen, wo sie aufmarschieren und wo sie agieren.

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte in seiner

Rede im Deutschen Bundestag anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz vor wenigen Tagen: „Da sind Menschen, die den Rechtsextremen, die durch ihre Städte marschieren wollen, immer wieder entgegentreten und zeigen: Wir dulden eure Diffamierungen, euren Hass nicht, schon gar nicht eure Gewalt. Es sind Menschen, die Zivilcourage beweisen, die nicht wegsehen, Diskriminierungen nicht unwidersprochen stehen lassen. Es sind Menschen, die ein Beispiel geben und die Mut machen. Dieses Engagement werden wir brauchen und diesen Mut auch.“

Wir halten die strafrechtliche Verfolgung und die Kriminalisierung breiter Anti-Nazi-Proteste für ein fatales Signal ins In- und Ausland und an alle Menschen, die Opfer von rechter Gewalt wurden. Die Neonazis dürfen marschieren, die breite Gegenmobilisierung wird durch das rechtswidrige Sammeln von Telefondaten, Hausdurchsuchungen und fragwürdige Ermittlungsverfahren eingeschüchtert. Eine mordende Nazi-Bande zieht ein Jahrzehnt lang ungehindert von den Sicherheitsbehörden durch die Republik, während linke Antifaschisten angeklagt werden sollen.

Die CDU-Fraktion hat uns vorgeworfen, die Justiz zu behindern, weil wir uns gegen die Immunitätsaufhebung wehren. Aber das Gegenteil ist der Fall: Die Justiz behindert uns beim notwendigen Kampf gegen Rechts.

Unhaltbar ist auch der Vorwurf der CDU, wir würden eine Vorzugsbehandlung gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern einfordern. Das ist grundfalsch. Über 10.000 Menschen haben in Dresden demonstriert, darunter auch viele Mitglieder und Abgeordnete von SPD und Grünen, aber ausschließlich vier LINKE Fraktionsvorsitzende sollen angeklagt werden. Wir sollen nicht trotz sondern wegen unserer parlamentarischen Funktion angeklagt werden. Genau davor soll die Immunität aber schützen, nämlich vor der willkürlichen Verfolgung von politischen Aktivitäten.

Ich sage - auch an die Adresse der Dresdner Staatsanwaltschaft: Wir werden auch dieses Jahr wieder nach Dresden fahren, als gesamte Fraktion und uns an der diesjährigen Blockade gegen die Nazis beteiligen, ob mit oder ohne Immunität. Ich hoffe, dass sich in diesem Jahr noch viel mehr Menschen den Neonazis in den Weg stellen, und rufe dazu auf, Nazi-Aufmärsche, ob in Dresden oder anderswo, entschlossen und massenhaft zu blockieren.

Kein Fußbreit dem Faschismus.



Oben: Protest gegen den Naziaufmarsch in Dresden 2013

Unten: Solidaritätskundgebung anlässlich der Immunitäts-Aufhebung vor dem Landtag in Wiesbaden

**... für  
... im  
... bau!**

**... INKE.**

**...nd Koch:  
...e Ehre für  
...alabbau!**

Sozialberatungen geschlossen  
Schulen privatisiert  
... eingeführt & Tarif verlass



**... für Nie**

**DANKE FÜR:  
Die 42-Stund  
Woche!**



**DIE LINKE.**



**DANKE FÜR:  
Rassistische  
...kämpfe!**

**... INKE**



en-

E FÜ

privatisierung  
ni-Klinikums  
burg!

In Aktion

**Kein  
Flughafen ausbau!**  
Wir können ihn stoppen!  
**DIE LINKE.**

09/28/2008



# Kampf gegen Fluglärm und Flughafenausbau

Im Sommer 2008 war der Widerstand gegen die geplante Nordwestlandebahn auf seinem Höhepunkt. Im von der weitgehenden Abholzung bedrohten Kelssterbacher Wald entstand ein Hüttendorf, getragen von einer breiten Bewegung aus Anwohner\_innen, Naturschützer\_innen, Fluglärm-Gegner\_innen und anderen Aktiven.

Die junge Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag suchte den Kontakt zur Bewegung und eröffnete kurzerhand ein Bürgerbüro im Camp. Den Kelsterbacher Wald hat es leider nicht gerettet - aber es blieb bis heute die einzige Baumarkt-Hütte mit eigener Plenardebatte im Hessischen Landtag.

Auch nach der Rodung des Waldes und der Eröffnung der Nordwestlandebahn blieb die Fraktion Teil der Bewegung gegen Fluglärm und gegen den ungebremsten Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Bei den mittlerweile über 200 Montags-Demos im Terminal des Flughafens sind die LINKEN Abgeordneten weiterhin regelmäßige Teilnehmer.









# HESSISCHER LANDTAG

23. 09. 2008

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU**

**betreffend rechtswidrige Eröffnung des Büros der Fraktion  
"Die Linke" im Kelsterbacher Wald**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die angekündigte Eröffnung des Büros der Landtagsfraktion der Linken im Hüttendorf im Kelsterbacher Wald.
2. Der Landtag verurteilt ferner den rechtswidrigen Bau einer Hütte durch die Fraktion "Die Linke" auf dem Eigentum der Stadt Kelsterbach und fordert die Fraktion der Linken auf, diesen rechtswidrigen Zustand unverzüglich zu beenden.
3. Der Landtag verurteilt, dass die Fraktion der Linken die angekündigte Unterstützung des "zivilen Ungehorsams" duldet und damit billigend in Kauf nimmt, dass Gewalttätige angezogen und durch diese Aktion unterstützt werden.

Wiesbaden, 23. September 2008

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**



# Kein Fußbreit den Faschisten

Die Fraktion DIE LINKE steht ohne Wenn und Aber an der Seite von Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen neue und alte Nazis. Auf der Straße und im Parlament: Dort befeuert insbesondere die Hessen-CDU immer wieder rassistische Vorurteile und gerät durch Verbindungen zur rechten Szene in die Schlagzeilen.

DIE LINKE fordert die rückhaltlose öffentliche Aufklärung und politische Konsequenzen aus den NSU-

Morden sowie den Kampf gegen Faschismus und Rassismus in Hessen zu intensivieren. Wir brauchen ein eigenes Landesprogramm gegen Rassismus, der zum Teil tief in den Köpfen und Amtsstuben verankert ist. Wir müssen endlich mehr zur Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln beitragen, um gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden. Notwendig ist auch die Aufnahme des Themas gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Lehrplan hessischer Schulen.



# Für Frieden und Abrüstung

DIE LINKE ist eine Antikriegspartei. Als einzige der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien steht sie konsequent zu dem Bekenntnis in Art. 69 der Hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Deshalb kämpft DIE LINKE auch dagegen, dass an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen Jugendoffiziere der Bundeswehr für Kriegseinsätze werben dürfen – als Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“. An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit dem Wohl der Menschen dient (Zivilklausel). Vom hessischen Boden geht auch dadurch Krieg aus, dass hier Waffen zur Lieferung in alle Welt hergestellt werden. Wir wollen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird,

damit die dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern an diesen Arbeitsplätzen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben.

Angesichts der aktuellen Kriege und drohenden Kriegsgefahren sehen wir in den Ostermärschen einen wichtigen Beitrag, um mehr Menschen für eine friedliche Politik zu mobilisieren. Wir rufen dazu auf, sich aktiv in die Vorbereitung der hessischen Ostermärsche einzubringen und an den Ostertagen ein deutliches Zeichen gegen Krieg und Militarisierung zu setzen.

Mit Sorge betrachten wir auch die Situation in der Türkei, stehen solidarisch an der Seite aller Menschen, die verfolgt werden, weil sie Kurden sind oder weil sie sich für Demokratie einsetzen. Insbesondere die Verhältnisse in der hessischen Partnerregion Bursa machen wir auch regelmäßig zum Thema im Landtag.

Auch die Veranstaltung mehrerer friedenspolitischer Konferenzen im Landtag stärkt diesen unverrückbaren „Markenkern“ der LINKEN.





# Rüstungsatlas Hessen



In Aktion

# Solidarisch mit Streikenden und sozialen Kämpfen

DIE LINKE ist eine Partei an der Seite der sozialen Bewegungen. Es entspricht nicht unserem Politikverständnis, dass Fortschritte primär in den Parlamenten erstritten werden.

Daher stehen wir solidarisch an der Seite der Menschen, die sich für Verbesserungen einsetzen und für ihre Rechte auf die Straße gehen. Ob bei Streiks oder Großdemonstrationen wie Blockupy und den Anti-TTIP-Protesten: Wir unterstützen die Menschen, die für eine

Verbesserung ihrer Lebenssituationen und für eine gerechtere und solidarischere Welt auf die Straße gehen. Gleichzeitig versuchen wir auch stets, deren Anliegen in das Parlament zu tragen.









# Lautstark gegen Abschiebungen

Abschiebungen, gerade in Kriegsgebiete, haben in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Dagegen setzt sich auch DIE LINKE ein.

Unser Ziel bleibt eine bundesweit wirksame Bleiberechtsregelung und eine stichtagsunabhängige Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und Menschen mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus, damit Menschen, die seit vielen Jahren bei uns mit einer sogenannten Duldung leben, eine faire Chance für einen dauerhaften Aufenthalt bekommen.

Solange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repres-

siven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung.



In Aktion

# Anti-AKW, Umwelt- und Naturschutz

Beim Kampf für die Abschaltung des Atomkraftwerks in Biblis, für die Energiewende und Klimaschutz oder für eine umweltverträgliche Produktion im nordhessischen Kalirevier: DIE LINKE steht an der Seite der Naturschützer und Umweltbewegten, wenn es darum geht, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Eine herausragende Rolle spielt in der Landespolitik auch die Forstwirtschaft und der Lebensraum Wald. DIE LINKE fordert die flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus.



# Tiere

Tiere sind in unserer Gesellschaft als ‚Produktionsfaktor‘ der Ausbeutung und Quälerei durch Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden. Im Gegenteil: Tiere sind generell als fühlende Wesen zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu.

Dies gilt auch für die mehr als 23 Mio. Haustiere, die teilweise unter qualvollen Umständen leben, weil kein Gesetz sie schützt. Deshalb unterstützt DIE LINKE Tierschutzorganisationen in ihren Forderungen nach

einem ‚Heimtierschutzgesetz‘. DIE LINKE will die Massentierhaltung verbieten, Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren stärker auf das Tierwohl ausrichten und den Antibiotikaeinsatz in der Tierzucht deutlich reduzieren.

Auf bisher zwei Tier-Tagungen, die die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag veranstaltete, vernetzten sich erfolgreich Menschen aus den Tierschutz- und Tierrechtebewegungen und lieferten auch wertvolle Beratung für die Arbeit im Parlament.



## Mensch-Tier-Verhältnis:

### Von der Ausbeutung zum Respekt?

2<sup>te</sup> Tiertagung der Fraktion DIE LINKE.  
im Hessischen Landtag Wiesbaden  
1. Oktober 2016 (ganztäglich)



**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

V.i.S.d.P.: Willi van Ooyen | Schönbühlstr. 1-3 | 63183 Wiesbaden | Kollege Hanna Hoepf

[linksfraktion-hessen.de](http://linksfraktion-hessen.de) [twitter.com/LinkeLTGHessen](https://twitter.com/LinkeLTGHessen) [facebook.com/linksfraktion.hessen](https://facebook.com/linksfraktion.hessen)

# Christopher Street Day

DIE LINKE setzt sich für die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen ein. Menschen, die anders als die gesellschaftliche Norm leben oder lieben, müssen vor Diskriminierung geschützt werden. Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von homosexuellen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen, etwa

im Steuerrecht im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung weiter benachteiligt. Für den Abbau dieser Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen setzt DIE LINKE sich ein, im Hessischen Landtag und auf den Christopher-Street-Days in ganz Hessen.



# Hessentag

Ein Klassiker im Jahreskalender der Fraktion ist das Landesfest „Hessentag“, wo die Landtagsfraktionen sich zwischen Fressbuden, Verkaufsmesse und Trachtenschauen vorstellen dürfen. Dabei ergibt sich häufig ein etwas anderes Gespräch über Politik an unserem Infostand oder in der obligatorischen öffentlichen Fraktionssitzung. Außerdem ergibt sich in dieser Woche oft ein Austausch mit anderen anwesenden Verbänden und Institutionen - oder auch dem jeweiligen „Hessentagspaar“.



In Aktion

# Das Letzte...





**WELT N24**

POLITIK HESSEN-WAHL

# Kochs schlimmster Alptraum kommt von links

Von Thomas Delekat |  
Veröffentlicht am 24.01.2008 |  
Lesedauer: 6 Minuten

A man in a blue shirt is holding two red flags with the text "DIE LINKE." written on them. He is looking upwards with a serious expression.

